Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74. Donnerstag, den 28. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Der Ausfall der Reichstagswahlen

hat uns die eiserne Notwendigkeit schlagend bewiesen, daß die

Arbeiterpresse

in immer weitere Kreise dringen muß, um Licht und Klarheit in den Köpfen der Enterbten unserer Tage, der

Proletarier in Stadt und Land,

zu entfachen.

Die Amtsblattpresse und die sogenannte unparteiische Presse vergiften die Herzen der erwerbstätigen Bevölkerung systematisch mit Schwindel- und Lügennotizen, die den bestimmten Zweck verfolgen, die arbeitende Bevölkerung unter sich uneinig zu machen und den

gewaltigen Befreiungskrieg der Sozialdemokratie

in den Augen der Welt herabzusetzen.

Angesichts dieser nichtswürdigen Handlungsweise der gegnerischen Presse muß die Losung lauten:

Hinaus aus den Wohnungen der Arbeiter mit der Amtsblattpresse.

Solche Lügenblätter, die Tag für Tag die Arbeiterbewegung und die Führer der Arbeiter beschmutzen und verleumden, beschmutzen das Heim jedes ehrlichen Arbeiters.

Kein Arbeiter,

der treu zu seinen Kameraden, der treu zu seiner getretenen Klasse steht, darf ein solches Blatt in seinem Hause dulden. Das einzige Blatt, das allein wirksam, trotz aller Anfeindungen, die Rechte der Arbeiter vertritt, ist der

„Lübecker Volksbote"

Deshalb, Ihr Entrechteten, abonniert auf Euer Blatt, den

„Lübecker Volksboten".

Derselbe erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, in einem Umfange von **mindestens acht Seiten.** In ausführlicher Weise werden unsere Leser über die Vorgänge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unterrichtet; die jeden Sonnabend beiliegende

„Neue Welt",

sowie die

„Wöchentliche Unterhaltungsbeilage"

bieten belehrenden Unterhaltungsstoff für Mann und Frau.

Der Abonnementspreis des „Lübecker Volksbote" beträgt vierteljährlich 2 Mk. oder 70 Pfg. pro Monat.

Wer wahrheitsgemäß informiert werden will über die politischen und lokalen Ereignisse,

wer sich einweihen will in die Lehren der Sozialdemokratie,

wer mitwirken will an dem hehren Befreiungswerke der Menschheit,

der abonniere den

„Lübecker Volksbote"!

Die wahren Freunde der Beamten.

Die Vertreter der „nationalen" Parteien im Reichstage haben bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Etatsnotgesetzes ein förmliches parlamentarisches Wettrennen um die Gunst der Beamten veranstaltet, das auf den unbefangen urteilenden und erfahrenen Politiker sehr stark den Eindruck eines demagogischen Spiels machen muß. Konservative, antisemitische, nationalliberale und freisinnige Redner haben sich bemüht, demonstrativ einander zu überbieten in Versicherungen, daß sie ein „warmes Herz" haben für das kleine und mittlere Beamtentum; daß sie freudig bereit seien, „alles zu tun, was möglich ist", ihnen durch Zuwendung höheren Gehalts zu einer besseren Lage zu verhelfen. Jeder dieser Redner erklärte, daß speziell seine Partei es „stets gut gemeint" habe mit diesem Beamtentum, und daß keine andere Partei es besser mit ihm meinen könne.

Bereits im Wahlkampfe ist der Wetteifer in Versicherungen „gewissenhafter Beamtenfürsorge" unter den „nationalen" Parteien bekanntlich sehr scharf hervorgetreten. Was wir jetzt im Reichstage erlebt haben, ist die Fortsetzung dieses Spiels, in das die Lüge hineinspielte, die Sozialdemokratie habe sich der unteren und mittleren Beamten „niemals angenommen".

Stellen wir die Wahrheit fest. Keine Partei hat mehr für diese Beamten getan, ihre Lage zu verbessern und ihr Recht zu schützen und zu sichern, als die Sozialdemokratie. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, im Plenum und in Kommissionen des Reichstages, ist sie ehrlich und mit größter Entschiedenheit eingetreten für die Interessen dieser Beamten. Keine Session ist vergangen, ohne daß die sozialdemokratische Fraktion Anträge in dieser Richtung gestellt und energisch verfochten hätte. Verfochten unter dem Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Regierung, deren Vertreter es zwar an schönen Worten nicht fehlen ließen, aber auch nicht an „Gründen" dafür, daß jene Anträge „unannehmbar" seien. Immer, wenn es sich darum handelte, den schönen Worten die Taten folgen zu lassen, versagten die Herren.

Namentlich kamen stets die zahlreichen Unterbeamten der Postverwaltung in Frage. Für die Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse dieser Beamten haben seit der Gründung des Reichs viele Jahre hindurch im Reichstage die Sozialdemokraten allein sich bemüht. Greifen wir nur um zehn oder zwölf Jahre zurück. Unendlich kläglich war z. B. das Verhalten der Reichstagsmehrheit gegenüber der im Jahre 1896 von den Sozialdemokraten gestellten Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den Beamten die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bei der Anstellung als diätarische Dienstzeit berechnet wird! Mit Händen und Füßen sträubten sich Konservative, Antisemiten, Nationalliberale und Zentrum gegen diesen Antrag, obwohl die dadurch entstehenden Mehrkosten sich nur auf etwa eine Million Mark belaufen hätten. Dieselben Parteien, die immer bereit waren, für Heer und Marine das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauszuwerfen, wurden stets plötzlich sehr „sparsam", wenn sie den Beamten etwas gewähren sollten. Dann hieß es ihrerseits in Übereinstimmung mit der Regierung: „Die Finanzlage des Reiches erlaubt das nicht."

Als sich der Reichstag im Jahre 1897 mit der Gehaltsregulierung beschäftigte, da gingen die unteren Beamten wiederum zum größten Teil leer aus. Die Bemühungen der Sozialdemokraten, in der Budgetkommission wenigstens für die bedürftigsten Beamten eine Gehaltsaufbesserung zu erreichen, scheiterten an dem Widerstande der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die sich schließlich mit einer matten Resolution begnügten, der die verbündeten Regierungen jedoch keine Folge gaben.

Geradezu entsetzt waren die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstage, als 1898 die sozialdemokratische Fraktion den Antrag stellte, „diejenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 angestellt sind, in dasselbe Anfangsgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren, und das Höchstgehalt der Landbriefträger von 900 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen." Selbst der freisinnige Abgeordnete Lenzmann erhob „staatsrechtliche" Einwendungen gegen diese Anträge, genau so, wie der Staatssekretär und die konservativen Abgeordneten Kardorff und Graf v. Roon, und auch das Zentrum stellte sich auf den Standpunkt, daß der Reichstag „kein Recht habe, neue Ausgabetitel in den Etat einzustellen." Das ist nun allerdings ein staatsrechtlicher Nonsens; aber er mußte den bürgerlichen Parteien als Vorwand dazu dienen, einen Konflikt mit der Regierung zu vermeiden. Offen proklamierten damals die konservativen Redner, daß die Fürsorge für die Beamten in erster Linie Sache der Regierungen und erst in zweiter Linie Sache des Reichstages sei; der Reichstag müsse sich auf das „allzeit bewährte Wohlwollen der Regierung den Beamten gegenüber" verlassen!

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs wegen anderweiter Bemessung der Witwen- und Waisengelder der Beamten beantragten die Sozialdemokraten Erhöhung des Minimalsatzes für eine pensionsberechtigte Witwe von 216 auf 450 Mk. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, während die Pensionen für die Witwen der höchsten Beamten von 1600 auf 3000 Mk. erhöht wurden!

So gab es Jahr für Jahr im Reichstage dasselbe traurige Schauspiel: sozialdemokratische Anträge und Anregungen auf Besserung der Verhältnisse der Beamten wurden abgelehnt. Drei Jahre hintereinander, 1898 bis 1901, fand sich eine Reichstagsmehrheit, die die Aufbesserung der Gehälter der Post- und Telegraphen-Assistenten als notwendig erklärte — und Jahr für Jahr wurde diese Forderung von der Regierung als eine „unerfüllbare" abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wurde vorgeschlagen, die Regierung zu der Gehaltszulage zu zwingen, indem der Posten in den Etat eingesetzt werde; das aber wollten die bürgerlichen Parteien wiederum aus „staatsrechtlichen" Gründen nicht.

Wer sich die Mühe machen will, die amtlichen stenographischen Protokolle des Reichstages in den Teilen, die die Fürsorge für die Beamten betreffen, nachzulesen, der wird finden, daß sozialdemokratische Redner in jeder Session bei der Etatsberatung Klage erhoben haben über ungerechte Behandlung, welche die Masse der unteren und mittleren Reichsbeamten, insbesondere die der Post, von seiten der Verwaltung erfahren. Da sind viele Äußerungen dieser Redner, die dahin gehen: die Post- und Telegraphenverwaltung dürfe sich nicht von der Tendenz fiskalischer Plusmacherei leiten lassen, sie müsse sich vielmehr auch ihrer sozialen Pflichten gegenüber ihrem Personal bewußt sein und diese Pflichten mit Unterstützung des Reichstages erfüllen; auf dem Gebiete der postalischen Wohlfahrtseinrichtungen sei gründlich Wandel zu schaffen; so z. B. seien die Remunerationen und Unterstützungen nicht zu einem sehr erheblichen Teil den hoch oder doch auskömmlich besoldeten Oberbeamten zuzuweisen; es müßten vielmehr aus diesen Fonds die schlecht und unauskömmlich bezahlten Unterbeamten gebührend versorgt werden.

Der Wandel ist bis jetzt nicht geschaffen worden. Wären die Sozialdemokraten im Reichstage mit ihren Anträgen, Anregungen und Beschwerden durchgedrungen, so würden die Beamten längst in einer besseren Lage mit auskömmlichem Gehalt, bei Rücksichtnahme auf Schonung ihrer Arbeitskraft sich befinden, und für ihre Witwen und Waisen würde in ausreichender Weise gesorgt sein. Mögen sie bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien sich bedanken, wenn sie immer noch bei angestrengtester Tätigkeit mit kargem Gehalt sich begnügen und trostlos in die Zukunft blicken müssen! Auch jetzt wieder sind dem Reichstage Dutzende von Petitionen von seiten aller Kategorien der Unterbeamten des Reichs zugegangen, die ein sehr trübes Bild von der Lage dieser Beamten entrollen. In jeder dieser Petitionen wird u. a. nachdrücklich hingewiesen auf die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten. Höchst bewegliche Klagen sind es, die diese Beamten da anstimmen, Klagen, die eine scharfe Verurteilung des ganzen Systems enthalten, dem sie unterworfen sind. Solche Petitionen sind dem Reichstage auch in früheren Jahren zugegangen. Der Regierung und den ihr verbündeten Parteien waren sie niemals angenehm, während die Sozialdemokratie sie immer gebührend gewürdigt und als Material für die Begründung und Rechtfertigung ihrer zu Gunsten der schwer leidenden Beamten gestellten Anträge benützt hat. Jetzt nun haben wir im Reichstage von seiten der Regierung und der „nationalen" Parteien Bekundungen erlebt, die in eine „schöne Harmonie" der Ansichten und Absichten, betreffend die Beamtenfürsorge, ausklangen. Die Männer auf der Regierungsbank, wie die Konservativen und Antisemiten, die Nationalliberalen und die Freisinnigen — sie alle haben ihr „warmes Herz" für die Unterbeamten entdeckt und feierlichst versichert, daß sie den Regungen dieses warmen Herzens Genüge tun wollen. Offenbar handelt es sich für die „nationalen" Spekulationspolitiker darum, die Beamten, denen sie im Wahlkampfe, um ihre Stimmen zu erlangen, Versprechung über Versprechung gemacht haben, vorläufig bei guter Laune zu erhalten. Warten wir ab, was bei dem

demagogischen Wetteifer dieser Politiker herauskommt, der doch nur aus der Erwägung resultiert, der Sozialdemokratie in Beamtenkreisen Abbruch tun zu können. Wir sind überzeugt, daß diese Spekulation eine verfehlte ist. Die Beamten werden immer mehr erkennen, daß die Sozialdemokraten ihre waren Freunde sind. Die bösen „Umstürzler" sind nicht nur stets für die wirtschaftliche und soziale Hebung der Beamten, sondern auch für ihre politische Unabhängigkeit und ihr Koalitionsrecht eingetreten gegenüber der ungerechten und unheilvollen Tendenz, sie zu einem Staatssklaventum zu degradieren. Darüber wollen wir in einem weiteren Artikel das Nähere sagen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Beförderter. Das „Militärwochenblatt" veröffentlicht die Beförderung des Obersten v. Deimling zum Generalmajor und die Enthebung desselben von der Stellung als Kommandeur der Schutztruppe, sowie die Ernennung des Oberstleutnants v. Estorff zum Kommandeur der Schutztruppe. — Ist Herr v. Deimling in erster Linie wegen seiner Verdienste in Südwestafrika befördert worden oder weil er säbelrasselnd die „Kerls" im Reichstag brüskierte?

Kein Mecklenburger, sondern ein Preuße. Wie das „Hann. Tagebl." aus sicherer Quelle erfahren haben will, hat die vorläufige Abstimmung des braunschweigischen Landtages keine Mehrheit für den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, sondern für einen preußischen Prinzen, den jüngsten Sohn des verstorbenen Prinzregenten, ergeben.

Die Wahlrechtsbewegung. In dem reformierten Syrup, den der Reichskanzler den Liberalen um den Mund schmiert, befand sich nicht ein Atom von Wahlrechtsreform. Darüber wundert sich ja nun freilich niemand; selbst zu der bescheidenen Wahlreform in Preußen geben die Junker ihre Zustimmung nicht, wenn ihnen diese „Reform" nicht etwa selbst Vorteil bringt, wie das bei der Vereinsgesetzreform, so wie sie die Regierung geplant hat, der Fall ist. Im Bewußtsein aber, daß die Wahlrechtsfrage den Brennpunkt aller politischen Reformen in Preußen bilden müsse, haben das Zentrum und der Freisinn zu Anfang der Session Anträge eingebracht, die die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Preußen bezwecken. Daß sie dabei mehr dem Gebote taktischer Klugheit als dem Zuge des Herzens folgten, bezweifelt keiner, der diese Parteien kennt. Desto deutlicher tritt erst dann die Wahrheit zutage, daß diese Anträge nichts weiter als abgeleitete Produkte der proletarischen Wahlrechtsbewegung sind, notgedrungene Erzeugnisse und Anzeichen einer Stimmung, die sich, von der Sozialdemokratie kräftig gefördert, auch in bürgerlichen Kreisen machtvoll geltend macht. Die überwältigende Mehrheit des Volkes will das gleiche Recht für die Vertretungskörperschaften in den norddeutschen Einzelstaaten, besonders in Preußen. Mögen die Herren in ihrem Kampfe gegen die proletarischen Wahlrechtsminierer jammernd zum Richter laufen oder mögen sie sich abwechslungshalber in den Mantel ihrer Erhabenheit hüllen, mögen sie sich drehen und wenden wie sie wollen, die Wahlrechtsfrage wird von der Tagesordnung der deutschen Politik nicht mehr verschwinden. Es mag ihnen vielleicht gelingen, die Lösung noch zu verschleppen, aber niemals werden sie die laute Stimme der Wahrheit ersticken können, die alle Schändlichkeiten des Klassenparlamentarismus laut ins Land ruft. In Preußen regiert eine herrschende Klasse, die nicht ihrer politischen Geschicklichkeit, nicht der Kunst ihrer Überredung, nicht irgend einem begründeten oder unbegründeten Vertrauen der Masse, sondern einzig und allein brutalem Gewaltrecht Stellung und ihren Einfluß verdankt. Mag die Arbeiterschaft das mühsehlige und opferreiche Bekehrungswerk nun unverdrossen fortsetzen, eingedenk der Wahrheit, daß ihre Klassengegner nicht durch Worte bekehrt, sondern nur durch Tatsachen gezwungen werden können. Eine solche politische Tatsache, deren Eindruck sich die Klassenparlamente auf die Dauer nicht entziehen können, ist eine kräftige, zielbewußte, ständig fortschreitende Wahlrechtsbewegung. Keine Gelegenheit sollte man vorübergehen lassen, ohne auf den Wahlrechtskampf hingewiesen zu haben.

Vernichter des Mittelstandes unter den Patrioten. Während der Wahlbewegung und jetzt noch bemühen sich die Nachbeter der Reichsverbandslügen, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie den Mittelstand vernichte. Schon oft als falsch und entstellt wiedergegeben bezeichnete Aussprüche einzelner unserer Genossen müssen zu dem Nachweise herhalten. Im „Geraischen Tageblatt" war dieser Tage folgender Satz enthalten:

„Was die Selbsthilfe zu leisten vermag, ersieht man aus der außerordentlich günstigen Entwickelung des Berliner Beamten-Wohnungsvereins. Vor sieben Jahren zählte der Verein nur 1019 Mitglieder, Ende 1906 aber bereits 10 848. Die Bilanzsumme betrug Ende 1900 nur 41 039 Mk., jetzt reichlich 30 Millionen. Das Grundeigentum umfaßte 1900 9098 Quadratmeter Fläche, jetzt aber 305 604 Quadratmeter, und der Grundstückswert stieg von 24 755 Mk. auf 7 826 300 Mk., während die auf den Vereinsgrundstücken errichteten Häuser einen Bauwert von 16 245 000 Mark besitzen. Der Verein besorgt für seine Mitglieder auch den Masseneinkauf von Nahrungsmitteln, Kohlen usw. und bietet noch in vieler anderer Weise wirtschaftliche Vorteile."

Da wird also die Selbsthilfe, die den Mittelstand ausschaltet, als Vorbild hingestellt, die „wirtschaftliche Vorteile" bringt! Aber es ist eben ein Beamtenverein, von dem man wohl annehmen kann, daß er keine Sozialdemokraten als Mitglieder zählt. Was die bürgerliche Presse hier bei den Beamten lobt, als nachahmenswert hinstellt, das ist bei den Sozialdemokraten die denkbar schändlichste Handlung!

Die Konzession. Stadt geht, und über seinen Abgang jubeln die neuesten Freunde Bülows, die wieder einmal eine Konzession an den Liberalismus entdeckt zu haben glauben. Nichts kann ihren Optimismus dämpfen, die Äußerung ihres Kanzlers, daß Schulfragen vorläufig die konservativ-liberale Einigkeit nicht bedrohen, haben sie wohlwollend überhört. Welche Freude wird aber bei ihnen ausbrechen, wenn die Nachricht sich bestätigt, die das Frankfurter „Intelligenzblatt" in seiner Dienstagsnummer bringt, daß nämlich der Oberbürgermeister von Frankfurt, Herr von Adickes zu seinem Nachfolger ausersehen und bereits nach Berlin berufen worden sei! Adickes nach Dernburg, die neueste Konzession an den Liberalismus. Wahrlich, der konservative Gatte kann über die Ansprüche seiner bescheidenen Ehehälfte nicht klagen! Adickes ist ein völlig konservativer Geist, der namentlich für soziale Betätigungen kein Interesse und kein Verständnis hat. Er hat mit der größten Entschiedenheit gegen eine Verbesserung des Gemeindewahlrechts in Frankfurt a. M. gekämpft und in der Stadtverordnetenversammlung vorgerechnet, daß bei einer Herabsetzung des Zensus zwei Sozialdemokraten mehr in das Stadtparlament einziehen würden. Sein sozialer Liberalismus besteht darin, daß er dem Drängen nach Einführung einer Wertzuwachssteuer nachgeben mußte und daß er durch seinen Verkehr mit Frankfurter Millionären eine Reihe Stiftungen mutig erobert hat. Von der Wohnungsnot aber hat er nie etwas gewußt. Auch das Gebiet, auf dem er nun allein wirken sollte, hat er wenig beackert. Das Schulwesen war in Frankfurt bis zum Jahre 1900, in dem Genosse Dr. Quarck gewählt wurde, sehr vernachlässigt. Für die Bildungsbedürfnisse der Besitzenden hat er allerdings zu sorgen gewußt und sich besonders bemüht, Frankfurt zur Universitätsstadt zu machen. Das sind die Taten Adickes', dessen Ernennung zum Kultusminister in Preußen die schönste Konzession an den Liberalismus darstellen würde.

Ersatzwahlen zum sächsischen Landtag haben in diesem Jahre stattzufinden. Die Eröffnung der nächsten Landtagssession ist auf den 15. Oktober festgesetzt. Die Wahlen werden daher voraussichtlich im September stattfinden. Unsere sächsischen Genossen sind bereits mit einem Wahlaufruf vor die Wähler getreten.

Die Anti-Gewerkschaftsvorlage kommt. Über die künftige Gestaltung des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sind, wie die „Vossische Zeitung" hört, noch keinerlei Entschließungen gefaßt worden. Wenn in absehbarer Zeit unter den Bundesregierungen über eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinswesens eine Einigung nicht zu erwarten ist, so würde die Reichsregierung, um nicht dem Verdacht der Verschleppung sozialpolitischer Aufgaben ausgesetzt zu werden, das Berufsvereinsgesetz zum Herbst dem Reichstage wieder vorlegen und dabei „jedenfalls" den Bestimmungen über die Möglichkeit der Entziehung der Rechtsfähigkeit, deren allzu große Dehnbarkeit einen entschiedenen Widerspruch im Reichstage hervorrief, eine genauere Fassung geben. Auch einige Bestimmungen der polizeilichen Kontrolle der Vereine sollen eine Umgestaltung in liberalem Sinne erfahren. — So schreibt das liberale Blatt, das für seine Auffassung aber auch nichts anderes ins Feld führen kann, als seine Wünsche. Eine Änderung der Anti-Gewerkschaftsvorlage im arbeiterfreundlichen Sinne würde den Kampf mit den Junkern bedeuten. Und daß der „agrarische Reichskanzler" diesen Kampf auf sich nehmen wird, glaubt die „Vossische Zeitung" wohl selber nicht.

Rußland.

Ermordung eines Kadettenführers. Der Redakteur der „Rußkija Wjedomosti" in Moskau, Dr. Jollos, Abgeordneter der ersten Reichsduma, wurde, als er im Begriff war seine Wohnung zu verlassen, von einem unbekannten Manne durch Revolverschüsse ermordet. Der Mörder entkam. — Die Ermordung Jollos' rief in Petersburg große Erregung hervor. Der Ermordete, Kadettenführer der vorigen Duma, erhielt angeblich vorher Drohbriefe. Die Untersuchung ergab bis jetzt keinerlei Anhaltspunkte, da der Mord in einer völlig menschenleeren Straße verübt worden ist. Jollos erhielt drei Schüsse, in den Mund, die Kinnlade und die Brust. Der Mann, der allein als Augenzeuge in Betracht kommt, wurde verhaftet.

Ein Zwischenfall in der Duma. Als Dienstag zu dem von der Rechten in der Duma eingebrachten Antrag, der die Verurteilung der politischen Morde ausspricht, Ministerpräsident Stolypin das Wort ergreifen wollte, ließ dies der Präsident der Duma nicht zu. Gestern wurde nun amtlich mitgeteilt, daß der Ministerpräsident einen Brief an Golowin richtete, in dem er ausführt, daß die Minister nach dem Gesetze das Recht haben, in der Duma zu sprechen, wann sie wollen, und daß der Dumapräsident ihnen vor allen anderen Rednern das Wort erteilen müsse. Stolypin habe Golowin daran erinnert, um in Zukunft Mißverständnissen vorzubeugen. — Der Dumapräsident wird gewiß seine guten Gründe für sein Vorgehen gehabt haben.

Frankreich.

Rehabilitiert. Kriegsminister Picquart hat den Leutnant Tisserand, der im vorigen Jahre auf der Arbeitsbörse in einer Versammlung von Ausständigen in Uniform seine Sympathie für die Sozialisten ausgesprochen hatte und deshalb gemaßregelt worden war, rehabilitiert.

Bulgarien.

Das Werk der Reaktionäre ist vollbracht. Die Mehrheit der Sobranje genehmigte das Gesetz, nach welchem die Personen, die Anschläge auf amtliche Personen verüben, den Standgerichten übergeben werden sollen.

Rumänien.

Der Zug nach der Hauptstadt. 4000 Bauern aus den Bezirken Teleorman und Vlaska marschieren nach Bukarest. Der König empfing den General Craiciana, der die feste Zusicherung gab, daß der königliche Palast und die Stadt nicht gefährdet seien. Bukarest trifft Vorbereitungen zum Empfang der aufständischen Bauern. Auch auf den königlichen Gütern sind Unruhen ausgebrochen. — Der das Kommando über die in der Moldau dislozierten Truppen führende General Tell richtete an diese eine Proklamation, nach der bei der Unterdrückung des Aufstandes die Infanterie nach den gesetzlich vorgeschriebenen Aufforderungen nur scharfe Schüsse abgeben und die Kavallerie ohne Gnade in die Haufen der Aufständischen hineinreiten und bei geringstem Widerstand von ihren Säbeln Gebrauch machen werde. So stellt man die „Ruhe" wieder her. — In Stanesti gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und Bauern 300 Tote. Auch an anderen Orten gab es viele Tote.

England.

Der Gesetzentwurf betreffend den Tunnel unter dem Aermelkanal ist infolge ablehnender Regierungserklärungen im Parlament zurückgestellt worden; Adienhänger des Planes erklären aber, daß sie ihre Agitation im Lande ungeschwächt fortsetzen werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 28. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Maurer! Über die Beton-Firma „Komer" Stettin, welche Arbeiten am Bau der Ölmühle in Siems ausführt, ist die Sperre verhängt worden. Die Kollegen wollen das beachten.

Arbeiter Lübecks! Die Agenten der Scharfmacher sind jetzt bemüht, in Deutschland Arbeitswillige für den Hamburger Hafen anzuwerben. Niemand lasse sich als Arbeiter für den Hamburger Hafen anwerben!

Winke für Mieter. Der Mietvertrag kann mündlich oder schriftlich abgeschlossen werden, letzteres ist das beste. Die einfachste Form des Mietvertrags ist folgende: „Unterzeichneter mietet vom 1. April 1907 an das im Hause Nr. . . . der . . . . . straße Parterre links gelegene Logis, bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Keller und Bodengelaß, für den Preis von 20 Mk. monatlich bei vierteljährlicher Kündigung. Ort, Datum, Unterschrift." Der Hauswirt hat seinerseits dem Mieter eine gleichlautende schriftliche Erklärung zu geben. Bei vierteljährlicher Kündigung, die als gesetzliche immer gilt, wenn nichts anderes ausgemacht ist, kann bis zum dritten Werktage des ersten Monats im Quartal, diesmal also, da der 1. April auf einen Feiertag fällt, bis zum 4. April gekündigt werden; bei monatlicher Kündigung aber kann bis zum 15. April gekündigt werden. Der Hauswirt hat dem Mieter das Logis in gebrauchsfähigem Zustande zu übergeben. Von Mängeln an der Wohnung hat der Mieter den Hauswirt sofort zu unterrichten. Wird dem Mieter die Wohnung nicht zu dem vereinbarten vertragsmäßigen Termin übergeben, so haftet ihm der Wirt für den Schaden. Ist Ungeziefer in der Wohnung oder diese gesundheitsschädlich, so hat der Mieter dem Hauswirt eine Woche Frist zur Beseitigung der Mängel zu geben. Geschieht nichts, so kann der Mieter ohne Kündigung ausziehen. Will der Mieter an Untermieter vermieten, so hat er die Zustimmung des Hauswirtes einzuholen. Ohne dessen Genehmigung darf er das Logis fremden Personen überhaupt nicht überlassen. Wird das Haus verkauft, so gilt der Mietvertrag des Mieters ruhig weiter. Kauf bricht nicht mehr die Miete. Der Hauswirt kann für Forderungen aus dem Mietverhältnis die Sachen zurückbehalten, die dem Mieter selber gehören, aber nicht die der Frau und der Kinder des Mieters oder anderen Personen. Nicht zurückbehalten darf der Hauswirt Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, soweit diese für den betreffenden Hausstand unentbehrlich sind; ferner nicht Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel, auch nicht unentbehrliches Handwerkszeug; ferner nicht Bücher für Schule und Kirche, Haushalts- und Geschäftspapiere, Trauringe, Ehrenzeichen, künstliche Gliedmaßen, Brillen usw.

Sch. **Öffentliche Gärtner-Versammlung** am 16. März im „Vereinshaus". Verbandskassierer Kollege Busch referierte über das Thema: „Ist es notwendig, wünschenswert und berechtigt, die Lage der in den hiesigen Gärtnerei-Betrieben beschäftigten Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbessern?" Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in einem gut ausgearbeiteten, übersichtlichen und leicht verständlichen Referate. Er führte aus, daß die oben gestellte Frage eigentlich überflüssig wäre bezw. sich von selbst beantworte. Jedermann, jeder Millionär, jeder Milliardär, jeder Besitzende, jeder in noch so guten Verhältnissen Lebende habe das Bestreben, seine Lage zu verbessern, seine Millionen und Milliarden zu vermehren. Umsomehr hätten wir Arbeiter den Wunsch und das Recht, unsere Lage zu verbessern. Redner weist nach an der Hand einer statistischen Tabelle, daß hier Löhne gezahlt würden, die nicht einmal genügten, die allernotwendigsten Bedürfnisse des Leibes zu befriedigen. Diese Löhne spotteten jeder Beschreibung. Es würde bezahlt bei den einzelnen Firmen 2,80 bis 3,30, 2,50 bis 3,— pro Tag, 25, 30 und 32 Pfg. pro Stunde und (männliche Arbeiter) 15, 18 und 20 Mk. pro Woche. In einzelnen Baumschulen würden 2,—, 2,30 bis 2,70 Mk. bezahlt. (Schreiber dieses kann aus eignem hinzufügen, daß Gärtnerei-Unternehmer, welche in verhältnismäßig kurzer Zeit aus ihren Betrieben Hunderttausende herausgeschlagen haben, ihren Jahrzehnte lang beschäftigten Arbeitern einen Wochenlohn von 15 ganzen deutschen Reichsmark bezahlten bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr. Im vorigen Jahre wurden diese Löhne auf Drängen der Arbeiter auf 16,50 Mk. erhöht. Als die Arbeiter dieses Jahr wieder um eine Erhöhung der Löhne einkamen, soll dieses abgelehnt worden sein. Es muß bemerkt werden, daß gerade die Arbeiter dieser Firmen, mit einigen Ausnahmen natürlich, jedweder Organisationsform (Partei und Gewerkschaft, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband und Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein) sehr gleichgültig, bisweilen sogar feindlich gegenüberstanden. Diese überaus tieftraurige Tatsache ist um so bedauerlicher, als es sich hier nicht um jugendliche Arbeiter, sondern um Arbeiter in vorgerücktem, gesetzten, man sollte eigentlich meinen gereiftem Alter handelt). Redner führt aus, daß dies Hungerlöhne seien, bei den heutigen teuren Zeiten durchaus ungenügend, um Frau und Kind auch nur vor der äußersten Not zu schützen. Diesen Zuständen müßte unbedingt ein Ziel gesetzt werden. Dies könnte nur geschehen durch eine zielbewußte, kraftvolle Organisation; nur dadurch, daß jeder sich der Organisation anschlösse und innerhalb derselben nach jeder Richtung hin seine volle Pflicht und Schuldigkeit tue, würde uns die Möglichkeit gegeben, den Unternehmern Zugeständnisse abzuzwingen. Redner fordert alle Anwesenden auf, unserer Organisation beizutreten, beizutreten trotz der (wie gemeldet ist, von den Unternehmern geschickten) anwesenden Spitzel. Redner erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Trotz mehrfacher Aufforderung seitens des Vorsitzenden meldete sich kein Gegner zum Wort. Am Vorstandstisch eingegangen

war folgende Resolution: „Die am 16. März im Vereinshaus tagende öffentliche Gärtner-Versammlung erklärt, daß die Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen in den staatlichen, städtischen und privaten Gärtnereibetrieben Lübecks noch sehr verbesserungsbedürftig sind. Die Versammlung erklärt, daß nur durch den energischen Zusammenschluß aller in diesen Betrieben beschäftigten Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen eine Aenderung und Besserung eintreten kann, und gelobt, mit allen Kräften für die Organisation einzutreten und sich dieser anzuschließen. Mayer und Schmidt." Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Aufnehmen ließen sich 10 neue Mitglieder, während sich noch über 20 zur ferneren Aufnahme meldeten.

Das Seeamt hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem am 27. August vorigen Jahres in der Ostsee bei Volderaa erfolgten Zusammenstoß des Lübecker Dampfers „Livland" mit dem englischen Dampfer „Calabria", bei dem „Livland" stark beschädigt wurde, zu beschäftigen. Der Spruch ging dahin: Der Zusammenstoß ist von dem Führer der „Calabria" durch falsche Änderung des Kurses der „Calabria" verschuldet. Zu rügen ist, daß die Seitenlaternen der „Calabria" wegen zu hoher Deckslast nicht genügend sichtbar gewesen sind. Den Führer und die Besatzung des Dampfers „Livland" trifft kein Vorwurf.

Handelsregister. Am 27. März 1907 ist bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma J. Wilhelm Steen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Lübeck eingetragen: a. Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 27. März 1907 um 50 000 Mark erhöht und beträgt jetzt 150 000 Mark. b. Der § 5 des Gesellschaftvertrages ist aufgehoben.

ph. **Gefaßt.** Ein Steinhauer aus Joachimsthal, der aus dem Landarbeitshaus in Güstrow entwichen ist, wurde in einer hiesigen Herberge angetroffen und festgenommen.

ph. **Festgenommen** wurde ein Kellner aus Hildesheim, der noch eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hat.

ph. **Gestohlene Tasche.** Am 26. d. Mts. ist einer Dame im Stadthallentheater eine blaue, mit Glasperlen besetzte Handtasche abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Tasche hatte gelben Metallbügel und enthielt: Ein Opernglas mit Perlmutter verziert, ein aus silbernen 20-Pfennigstücken hergestelltes Armband und ein Spitzentuch gez. K. T.

ph. **Betrug.** Festgenommen wurde die Ehefrau eines auswärtigen Restaurateurs, die sich des Betruges zum Nachteile eines hiesigen Geschäftsmannes schuldig machte.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Am Karfreitag bleibt das Theater geschlossen. Auf das am Sonnabend stattfindende letztmalige Auftreten des Lübeckers Herrn Hans Helmuth Koch als Riccaut in „Minna von Barnhelm" wollen wir nochmals besonders hinweisen. Die Osterfeiertage bringen die beiden letzten Tage der Winterspielzeit. Am ersten Freitag wird nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen „Renaissance" gegeben; am zweiten Feiertag nachmittag der urkomische Schwank „Der Raub der Sabinerinnen", und an beiden Osterfeiertagen. abends 7½ Uhr, das mit dem größten Beifall aufgenommene Lustspiel „Unsere Käte"

Karlshof. Am Freitag, den 29. d. Mts. beabsichtigt der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde seinen bedeutend vergrößerten Spielplatz in Karlshof zu eröffnen. Da der Platz trocken und gut gelegen ist, wird gewiß schon jetzt eine Anzahl von Sportfreunden die günstige Gelegenheit benutzen, um sich im Freien zu tummeln. Auch die Kinder werden für den 1. Ostertag nachmittags eingeladen, um ein großes Ostereierfuchen zu veranstalten. Hoffentlich bleibt das Wetter günstig, damit jung und alt sich am Spiel und der Natur erfreuen können.

r. **Schwartau.** Das schöne Wetter der letzten Sonntage hat bereits viele Ausflügler verleitet, sich in freier Natur von den Strapazen der Woche zu erholen. Bei einigermaßen schöner Witterung zu den Feiertagen werden viele Ausflügler und Vereine unsern Ort mit seinen schönen Waldungen als Ausflugsziel in Aussicht genommen haben. Wir möchten hiermit unsere Genossen, Gewerkschaftler und Arbeitervereine besonders darauf aufmerksam gemacht haben, nur in denjenigen Lokalen zu verkehren, welche auch bei anderen Angelegenheiten ihre Lokalitäten der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen. Diese sind folgende: Gasthof Transvaal, Hotel Kronprinz, Sternbergs Gasthof in Rensefeld, Frähmkes Gasthof in Seeretz, Witwe Kopp in Ratekau und Teckenburgs Gasthof in Gleschendorf.

Neuhaus a. d. O. Aus Studts Reich. Während Fürst Bülow sich selbst öffentlich an die Spitze amtlicher Wahlbeeinflussung stellte, verrichtete der politische Beamtenapparat eine stille, aber wirksame Tätigkeit. Im 19. hannoverschen Wahlkreise waren im Landkreise Neuhaus a. d. Oste die Gendarmen, wahrscheinlich in höherem Auftrage angewiesen, über die Anwesenheit von Lehrern und Pastoren in welfischen Wahlversammlungen zu berichten. Ein junger Lehrer, der in einem Nachbarorte an einer welfischen Versammlung teilnahm, erhielt einen Verweis. Schließlich hat der Kreisschulinspektor Bünte in Belum an sämtliche Lehrer des Kreises folgendes sehr bezeichnende Rundschreiben gerichtet: „Die ungehörige Tatsache, (!) daß zwei junge Lehrer an einer welfischen Wahlversammlung teilgenommen haben, veranlaßt mich, auf Grund einer Verfügung (!!) die Herren Lehrer strengstens zu verwarnen, in Zukunft an einer welfischen oder sozialdemokratischen Versammlung teilzunehmen oder in irgend einer Weise für eine der genannten Parteien agitatorisch einzutreten!" — Vielleicht wird der Minister für „Volksaufklärung", nachdem er die fachmännische Schulaufsicht verworfen, die Gendarmen zu Kreisschulinspektoren ernennen.

Hamburg. Die Situation im Hafen. An Arbeitswilligen sind 313 Mann aus Deutschland neu eingetroffen, die über Harburg nach hier kamen. Außerdem trafen mit dem Hamburger Dampfer „Portia" 192 Engländer hier ein. Sämtliche Arbeitswillige sind auf den Kasernenschiffen untergebracht worden. Auf den Logierschiffen befinden sich jetzt insgesamt 3310 Mann. Von diesen haben jedoch wiederum eine große Anzahl Deutsche sowie auch Engländer die Arbeit verweigert, die nach ihrer Heimat wieder abgeschoben werden sollen. Mit dem kleinen Dampfer „Valparaiso" sind etwa 100 Mann von Schleswig hier angekommen, die jedoch bereits in die Gesamtzahl mit eingerechnet sind. Die Arbeit im Hafen hat sich trotz dieser großen Zahl von Arbeitswilligen noch nicht im geringsten gebessert. Die aus Deutschland hinzugekommenen Arbeitswilligen leisten nicht mehr als die Engländer. Die bis jetzt hier anwesenden Arbeitswilligen ersetzen noch nicht 500 unserer hiesigen Schauerleute, geschweige denn die Zahl der etwa 4000 Ausgesperrten. Selbst wenn von dieser Sorte Menschen noch weitere 3000 hinzukommen, wird die große Zahl der Schiffe im Hafen nur um wenige abnehmen. Wir wollen ein einziges Beispiel anführen, welches zeigt, wie im Hafen gearbeitet wird. Auf dem Dampfer „Navarra" waren die tüchtigsten Arbeitswilligen in einer ziemlich großen Anzahl beschäftigt, da er am 21. d. fahrplanmäßig expediert werden sollte. Natürlich kam der Dampfer nicht fort und liegt auch heute noch im Hafen. Jetzt soll er am Sonnabend von hier abgehen und nimmt an Ladung mit, was man bis zu der Zeit ins Schiff bekommen kann. Voll an Ladung wird das Schiff lange nicht. Die Stauung der Ladung ist einfach miserabel und nicht zu verantworten. Aber die Offiziere des Dampfers dürfen den Arbeitswilligen nichts sagen, sie müssen sie als Liebkind behandeln, diese Instruktion haben sie von ihrer Reederei. Die Arbeitswilligen tun, was sie wollen. Es werden Pfeifen, Zigarren, Zigaretten geraucht, auch hierzu darf die Schiffsleitung nichts sagen. Gestern erhielten einige Arbeitswillige in dem Bureau auf Kuhwärder Lohn ausgezahlt. Hierbei gelang es einem der Engländer, einen Beutel mit Geld zu stehlen. Drei Schutzleute holten den Dieb ein, der dann gefesselt abgeführt wurde. In demselben Bureau hatte man vorgestern fünf arbeitswillige Engländer eingesperrt, die etwas verbrochen hatten. In diesem Raume befand sich in einem Pult eine Kassette mit Geld. Die Arbeitswilligen erbrachen das Pult und die Kassette und eigneten sich den Inhalt an. Auch diese fünf Mann sind festgenommen worden.

Hamburg. Ein Familiendrama trug sich gestern morgen in der Vierländerstraße zu. Dort geriet ein Arbeiter mit seinem erwachsenen Sohne in Streit. Der Vater zog schließlich ein Dolchmesser, das er in einem Gurt trug, und holte damit zum Stoße aus. Er hätte seinen Sohn auch niedergestochen, wenn sich nicht im entscheidenden Augenblick die Mutter zwischen Vater und Sohn geworfen hätte. Der Stoß traf die Mutter in den Unterleib und verletzte sie tödlich. Der Täter, der zu flüchten versuchte, wurde festgenommen.

An unsere verehrl. Abonnenten

richten wir die dringende Bitte, uns von bevorstehenden Wohnungs-Veränderungen noch vor den Osterfeiertagen Mitteilung zu machen, damit die pünktliche Weiterlieferung des „Lübecker Volksbote" keine Unterbrechung erleidet. Die Anmeldung kann direkt bei uns oder durch unsere Austrägerinnen erfolgen.

Expedition des „Lübecker Volksbote".

Aus Nah und Fern.

Der älteste Sohn Wilhelms II. ist Ehrenmeister der Berliner Drechslerinnung geworden. — Man legt sich hierbei unwillkürlich die Frage vor, ob wir wirklich im 20. Jahrhundert leben.

Die „Öffentlichkeit" des deutschen Militärgerichtsverfahrens. In Chemnitz hat die Presse, um in Erfahrung zu bringen, wann eine Verhandlung des Kriegsgerichtes der vierten Division zu gewärtigen ist, zu einem eigenartigen „Spionagesystem" seine Zuflucht nehmen müssen. So lange es nämlich kalt ist und die Öfen des Verhandlungssaales geheizt werden müssen, behelfen sich die Vertreter der Presse, wie sächsische Blätter mitteilen, damit, daß sie die vom Treppenhaus aus zu besorgende Ofenfeuerung untersuchen (!), ist geheizt, dann ist an dem Tag Sitzung, es fragt sich dann nur noch, ob vormittags oder nachmittags. Wenn es nicht mehr nötig ist, zu heizen, fällt dieses „Zeichen" weg.

Die göttliche Weltordnung im Kapitalistenstaat. Man berichtet aus London: Albert Doye, 77 Jahre alt, ohne Domizil, wird dem Richter in Epping mit einer klaffenden Halswunde unter der Anschuldigung des versuchten Selbstmordes — der hier strafbar ist — vorgeführt. Der Polizist erklärt, den Angeschuldigten laut klagend umherirrend angetroffen zu haben. Der Angeschuldigte erzählt mit schwacher Stimme, daß er bis zum 50sten Lebensjahre immer in Arbeit gewesen sei, dann sei er als zu alt entlassen und irre nun seit 27 Jahren umher, ohne Arbeit finden zu können. In einem Anfall von Verzweiflung habe er Hand an sich gelegt. Nunmehr hat der Angeschuldigte noch eine Gefängnisstrafe zu erwarten.

Reklame für den Simplizissimus. Das badische Staatsministerium hat eine Verfügung erlassen, die den Verkauf des Simplizissimus auf allen badischen Bahnhöfen untersagt. In Preußen besteht dieses Verbot bereits seit längerer Zeit.

Ein Pfarrer als anonymer Briefschreiber entlarvt. In dem Dorfe Hering, das am Abhange des Oetzberges im Odenwalde liegt, wurde die Bevölkerung fortgesetzt durch anonyme Briefe und Postkarten belästigt. Meist waren es Lehrer, Beamte usw., die bei ihren Behörden denunziert wurden. Alle Anzeigen und Untersuchungen führten zu keinem Resultat. In letzter Zeit stellten sich nun Briefe gleichen Inhalts in dem Ortchen Hähnlein bei Bensheim an der Bergstraße ein. Wieder waren es besonders Beamte und Lehrer, die der Anonymus aufs Korn nahm und denunzierte. Zwei Lehrer hatten Verdacht auf den evangelischen Pfarrer Biegler in Hähnlein, der seit einigen Jahren dahin versetzt war. Kriminalkommissar Daniel in Darmstadt stellte Erhebungen an und diese bestätigten die Richtigkeit des Verdachts. Bei Biegler wurde eine Menge Material beschlagnahmt.

Letzte Nachrichten.

Koburg. Auf der Kleinbahnstrecke Koburg-Rodach wurde am Dienstag ein Fuhrwerk überfahren. Der Führer des Wagens, Frank aus Koburg, war sofort tot, die anderen Personen wurden schwer verletzt.

Danzig. Im Kirchspiel Poldersee, Kreis Berent, wurden die Ansiedler Horn und Zielke, beide Familienväter, auf dem Heimwege vom Gasthaus durch Messerstiche und Stockschläge getötet und dann ins Wasser geworfen. Ein der Tat verdächtiger Ansiedler wurde verhaftet.

Oberhausen. Als in Osterfeld der Gendarm Lange den Bergmann Redlik verhaften wollte, bewarf der Bergmann Janssen den Beamten mit Steinen. Der Gendarm gab darauf zwei Schüsse ab, die den Angreifer töteten.

Bunzlau. In Gersdorf brach beim Stellenbesitzer Beer eine Feuersbrunst aus, wobei die Ehefrau, vier Kinder und eine Magd umkamen.

Brieg. Bei der Probefahrt, die mit einem neuerbauten Motorboote veranstaltet wurde, kam das Boot zu nahe dem Wehr und sank. Von den sechs Personen, die sich im Boote befanden, sind drei ertrunken.

Aschaffenburg. Der Dienstknecht Schmitt wurde, wahrscheinlich von einem Mitknecht, ermordet. Der der Tat Verdächtige ist verhaftet.

Thun. Im Prozeß Leontjew wurden gestern die Pladoyers gehalten. Der Staatsanwalt plädierte für Bejahung der Schuldfrage auf Mord. Der Verteidiger auf Verneinung derselben. Heute wird das Urteil gefällt.

Paris. Durch eine Kesselexplosion auf dem Torpedoboot 147 im Cherbourger Hafen wurden zahlreiche Personen verletzt. — Wie festgestellt ist, sind an Bord des Torpedobootes „147" zwei Personen verbrüht, darunter eine schwer und zwar infolge Platzens eines Dampfrohrs.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 27. März.

Weizen, 126—133 Pfd. holl. 174—181 Mk. **Roggen** 119—125 Pfd. holl. 164—170 Mk. **Hafer** nach Qualität 170—175 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste**, nach Qualität 165—175 per 1000 Kilo.

Briefkasten.

G. Die Fahrradabgabe beträgt in diesem Jahre 6 resp. 3 Mk.

Wohnung. Nach Ihrer Schilderung braucht Ihr Vater die Wohnung erst am 1. Mai zu räumen, insbesondere, da der s. Z. abgeschlossene Mietevertrag bei verschiedenen Anlässen immer wieder erneuert worden ist. — Die Obstbäume können Sie mitnehmen; Sie müssen aber den Garten wieder in den Zustand versetzen, in dem er sich bei der Mietung befunden hat.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Vermählte.
Friedr. Warncke,
Luise Warncke geb. **Bischof.**
Berlin im März 1907.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Emil** danken herzlich **H. Fick u. Frau,** Marienthal.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter **Ella** sagen herzlichen Dank **W. Lübstorff u. Frau.**

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes **Arthur** danken herzlich
E. Jungnickel u. Frau nebst Sohn.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter **Magda** danken herzlich
H. Bohnhoff u. Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter **Ida** danken herzlich
L. Boldt nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes **Wilhelm** sagen herzlichen Dank
H 3 H. Möller u. Frau nebst Sohn.

Der Radfahrerin Dora Rieck in Fackenburg zu ihrem Geburtstag ein 9999 Mal donnerndes Hoch!

Zu vermieten **ein Logis** an einen jungen Mann oder Mädchen. Kerkringstraße 38.

Zum 1. Juli **eine Wohnung** zu vermieten. **H. Meyer,** Marienthal.

Ges. z. 1. Juli **eine Dreistubenwohnung,** part. Preis 200—240 Mk., am liebsten nördl. Holstentor. Off. u. **C. F.** a. d. Exped. d. Bl.

Gesucht **ein junges Mädchen** für l. häusliche Arbeiten, welches zu Hause schlafen kann. Näh. Engelsgrube 78.

Gesucht zum 1. Mai **ein tüchtiges Mädchen,** das kinderlieb ist. **Klio,** Braunstr. 19 I.

Suche Sonntags **als Kellner oder Zapfer** Beschäftigung. Näh. Hundestraße 32.

Zu kaufen gesucht einen **Krankenwagen** und einen **Nachtstuhl.** **J. Hamann,** Adlerstraße 33d.

Zu verkaufen ein **1türiger Kleiderschrank.** Kerkringstr. 34.

Zu verkaufen eine **zweischläfrige Bettstelle mit Matratze.** Westhofstr. 51, II n. vorn.

Zu verkaufen **ein gut erhaltener Sitz- u. Liegewagen.** Arnimstr. 15.

Zu verkaufen **ein Sofa, ein Tisch, 4 Rohrstühle, Vertikow, ein Spiegel,** alles gut erhalten. Friedenstraße 55 I.

Zu verkaufen **eine Sportkarre.** Adlerstraße 8, 3. Et.

Zu verkaufen **ein kleines Haus.** Näheres Hüxstraße 122/7.

Billig zu verkaufen **ein Sportwagen.** Balauerfor 35, Fl.

Zu verkaufen **ein Ziehwagen und ein altmoderner Kinderwagen u. Maden zum Angeln.** Näh. Glockengießerstr. 86, 6.

Zu verkaufen **eine einsitzige Sportkarre,** weiß. Engelsgrube 24 I, i. Fl.

Billig zu verkaufen **zwei Fahrräder.** Alsheide 8.

Zu verkauf. **ein guterh. schwarzes Sommer-Jacket u. ein Kragen.** Margaretenstr. 8a.

Zu verkaufen **ein gut erhaltener Kinderwagen.** Arnimstraße 42d, Hth. I.

Fahrrad für Arbeiter. Preis **35 Mark.** **Wakenitzmauer 86.**

1 fast neues mod. Sofa umständeh. billig zu verkaufen. **Priesstr. 21 I.**

Freitag und Sonnabend steht eine Partie Ferkel zum Verkauf.
Ahrens, Tremskamp Nr. 12.

Aufgarnierte **blühende Azalien,** jetzt von Mk. **1.50** an. Schützenstraße 56.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.

Zum Feste empfehle:
Pr. Ochsen-, Schweine- u. Kalbs-Braten,
Pr. geräucherten Landschinken
im Ausschnitt Pfd. 1.60 Mk.
ff. Aufschnitt
von 1.20 Mk. an.
Sonnabend von 5 Uhr ab
heisse Knackwurst.
Karl Kühn,
Warendorpstr. 53, Ecke Schwartauer Allee.

2 Zugänger zu verk. Friedenstraße Nr. 93 part.

Apfelsinen in nur feinster Ware und 26 Sorten, Dtzd. von 20 Pfg. bis 1.60 Mk. Kisten und hundertweise zu Hamburger Engrospreisen. Ferner empfehle zum Feste: **Feinste Tafelbirnen, Ananas, Bananen, div. Sorten Feigen** von 25—60 Pfg., **Datteln**, Pfd. 40 und 90 Pfg., **Traubrosinen, Krachmandeln, Wal-, Hasel-, Para-** und **Kokosnüsse, Kamerunnüsse,** sich leicht zerdrückend und gut schmeckend, empfehle zur Probe ¼ Pfd. 15 Pfg., **Zitronen,** Stück 5 und 10 Pfg., Kisten zu Hamburger Engrospreisen. **Ausschuss-Zitronen,** 3 Stück 10 Pfg. An **Gemüse** empfehle **Rhabarber,** alle Sorten **Salate, Tomaten, Radies, Kohl, Karotten, Teltower Rübchen, Blumenkohl,** feinste **Oportozwiebeln,** Stück 10 und 15 Pfg., **neue Salatgurken, Salzgurken,** Stück 5 und 10 Pfg., **Magdeb. Sauerkohl,** Pfd. 6 Pfg. Alle **Gemüse- und Frucht-Konserven** in neuer strammster Packung und feinster Ware, 2-Pfd.-Dose **Brech- und Schnittbohnen** 28 Pfg., auch **Steinpilze, Champignons, Pfefferlinge** und **Trüffeln** in Dosen, **Fischkonserven,** besonders empfehle allerfeinste **Krebskonserven. Marmelade, Kronsbeeren** in Zucker, **Honig,** hell und dunkel, **Kunsthonig, Ia. Himbeersaft, do. Kirschsaft,** ganz frische **Mecklenburger Eier,** 9 Stück 60 Pfg. u. v. m.

Weine und Spirituosen in allen Sorten. **Weisswein,** Fl. von 50 Pfg. an, **Rotwein** von 65 Pfg. an, eine grosse Partie sehr guten **Rum** (Verschnitt), Fl. 80 Pfg. bis zu dem feinsten echten **Jamaika-Rum. Kognak** in allen bekannten Marken, Fl. von 1.40 bis 10.— Mk. Besonders verweise auf eine grosse Auswahl in feinsten **Likören** und **Punschextrakten.**

Konfitüren. **Alle Osterartikel, Ostereier, Osterhasen** in grösster Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten Sorten. Verschiedene Sorten **Bonbons,** ¼ Pfd. von 10 Pfg. an, **Fondants mit Pralines gemischt,** ¼ Pfd. von 15 Pfg. an. **Pralines,** ¼ Pfd. von 20 Pfg. an. **Feinste Pralines, Fondants und Mischungen,** ¼ Pfd. 50—80 Pfg. Als Spezialität: 2 Sorten **Pralines mit Kirschlikör und Kirschen gefüllt,** ¼ Pfd. 75 und 80 Pfg. Div. Sorten **Punschlikör- und Kognakbohnen,** ¼ Pfd. 20—70 Pfg.

Kakes. Grösste Auswahl am Platze. ¼ Pfd. von 15 Pfg. bis zu den feinsten Sorten. Besonders empfehle ein paar Dutzend Sorten verschieden gefüllte, zum Teil überzogene Kakes und Waffeln der Firmen Langnese-Hamburg, Leibnitz-Hannover, Lefevre Utile-Nantes. Auch viele Sorten **Wein- und Champagner-Kakes, Suppenmakronen, Salzkakes, Käsewaffeln usw. Feinste Haushaltschokolade,** Block 400 Gramm 65 Pfg., do. 500 Gramm 80 Pfg. **Kakao,** nur bessere Sorten, auch mein billigster Kakao, Pfd. 1.40 Mk., ist schon die dritte von unten der im Handel üblichen Sorten und nur noch kurze Zeit, so lange Schluss vorhanden, für diesen Preis verkäuflich.

Kartoffeln alle Sorten als Eierkartoffeln, Gesellschaftskartoffeln, magnum bonum, Rosenkartoffeln, besonders eine grosse Partie rote, krumme Frühjahrskartoffeln von Farbe und Geschmack **wie neue.** Neue Kartoffeln in feinsten Sorten und alle Sorten Pflanzkartoffeln billigst. Ab Ostern treffen in kurzer Zeit wieder 8 Waggons à 200 Centner feinster magnum bonum für mich ein, da ich dieselben bei vorheriger Bestellung ab Bahn von 1000 Pfund aufwärts bedeutend billiger abgebe, mache ich besonders Wiederverkäufer und Speisewirtschaften darauf aufmerksam. Risiko bei vorheriger Bestellung ausgeschlossen, da ich innerhalb 3 Tagen nach Empfang Kartoffeln umtausche evtl. das Geld zurückgebe.

Achtung! Auf Mark 20,— in Bons, auch aus beiden Läden zusammen, gebe Mark 1,— in Waren.

Laden links: **Obst, Südfrüchte, Kartoffeln etc.**

KARL VOSS

Laden rechts: **Konfitüren, Kakes, Liköre etc.**

Herren- und Knaben-Garderoben

Mode 1907.

Stoffe: Vornehme, gestreifte u. karobildende Dessins im engl. Geschmack, sowie glatte u. gerauhte Webarten in hell u. dunkelgrauen Farbentönen sind durchschlagend i. dieser Saison.

Schnitt: **Jackett,** vorn etwas abgerundet, Rücken mit Schlitz und stark markierter Taille. **Weste,** ein- und zweireihig, etwas weiter offen. **Beinkleid,** der enge Schnitt hat einer weiteren Fasson weichen müssen. **Rock-Anzüge** werden in diesem Frühjahr sehr bevorzugt.

Jackett-Anzüge	solide, dauerhafte Buckskin- und Cheviot-Qualitäten. Tadellos sitzend	9.00	12.50	18.50 bis	36.00 Mk.
Jackett-Anzüge	aus feinen, i. engl. Geschmack gehaltenen Stoffen, mit oder ohne Taille und Schlitz	22.00	27.50	31.00 bis	59.00 Mk.
Rock-Anzüge	lebhafte Farben, in soliden dauerhaften Qualitäten, elegante Verarbeitung	25.50	29.00	33.50 bis	48.00 Mk.
Rock-Anzüge	aus modern gemusterten, streifenbildenden Stoffen mit aufgesetzten Patten	36.50	42.00	48.50 bis	62.00 Mk.
Frühjahrs-Paletots	aus uni oder modefarbigen Cheviots, Meltons od. Covertcoats, verschiedene Fassons	10.50	15.50	18.75 bis	29.00 Mk.
Frühjahrs-Paletots	aus Covertcoats, Meltons od. Cheviots in engl. Geschmack glockenförmiger Schnitt	24.50	29.75	34.50 bis	49.00 Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

S 4

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 74. Donnerstag, den 28. März 1907. 14. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 27. März 1907.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 8¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt persönlich Dr. Wittern, daß er die Arbeiten der Kommission für das Verwaltungsgericht nach Möglichkeit fördern werde. Weiter sucht er das langsame Arbeiten der Kommission dadurch zu verteidigen, daß vertrauliche Berichte auswärtiger gesetzgebender Körperschaften, die in Aussicht standen, noch nicht eingegangen sind. Er hoffe, daß das langsame Arbeiten der Kommission die Ablehnung des Senatsantrages zur Folge habe.

Dr. Ziehl (persönlich) erklärt, daß Dr. Wittern nicht im Auftrage der Kommission die Ablehnung der Senatsvorlage betr. die Verwaltungsgerichtsbarkeit gewünscht habe.

Glasau wünscht die feste Anstellung von Leuten, die als Diätare bei der Baudeputation beschäftigt sind.

Senator J. H. Evers hält das nicht so ohne weiteres für möglich.

A. Pape ersucht darum, den Sielarbeitern für ihre unsaubere Tätigkeit einen besonderen Anzug zu geben.

Windel rügt den unzulänglichen Zustand der Bedürfnisanstalt in der Glockengießerstraße.

Artikel „Wegebauten".

Lauenstein bemängelt die mangelhafte Beleuchtung der Brücke über die Gleise in der Fackenburger Allee.

Artikel „Landstraßen".

Dobberstein fragt an, ob der Weg von Wulfsdorf nach Vorrade baldigst hergestellt wird.

Senator Kulenkamp: Diesbezügliche Verhandlungen haben stattgefunden, sind jedoch nicht zum Abschluß, sondern zum Stillstand gelangt.

Dobberstein bedauert, daß die Anregungen der Bürgerschaft nicht genügend beachtet werden.

Senator Dr. Eschenburg: Wenn es noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß der Verhandlungen mit den Gemeinden gekommen ist, so liegt das daran, daß die Gemeinden nichts zum Bau der Straßen bezahlen wollen.

Maack-Vorrade bezeichnet die Herstellung eines Weges von Wulfsdorf nach Vorrade als eine dringende Notwendigkeit. Es ist Sache des Staates hier einzugreifen.

Senator Kulenkamp: Der Staat wird selbstverständlich zu den Kosten des Wegebaues beitragen, doch muß die Gemeinde auch ihren Teil dazu beitragen.

Dobberstein tritt nochmals für den Bau des Weges Wulfsdorf-Vorrade ein. Auch die Öffentlichkeit habe ein Interesse daran und das Objekt beträgt höchstens 10 000 Mk.

Senator Dr. Eschenburg: Das Objekt ist wesentlich größer.

Über die vorstehende Frage findet noch eine weitere kurze, belanglose Debatte statt.

Artikel „Trave".

Pekelhoff-Reeke fragt an, ob eine Vertiefung der Obertrave in Aussicht genommen ist.

Senator J. H. Evers erwidert, daß Verhandlungen mit Preußen schweben.

Artikel „Badeanstalten".

Bruns hält 1200 Mk. zur Unterhaltung der Badeanstalten für nicht genügend, da beispielsweise die Freibadeanstalt an der Falkenwiese sehr verbesserungsbedürftig sei. Weiter sei zu erwägen, ob nicht anstelle der Klinkerpflasterung, die für verschiedene Badeanstalten gefordert wird, Holzpflaster aus Abfallholz zu nehmen sei.

Heidenreich hält Holzpflaster in Badeanstalten nicht für geeignet, da leicht Splitter die Haut beschädigen können.

Artikel „Kosten der Unterhaltung des Kanalbetriebes".

v. Schack hält die Unterhaltungskosten der Kanalstrecke von Genin bis zum Burgtor für reichlich hoch. Redner fragt, ob das seine Ursache in dem schlechten Baugrund habe, der fortwährend Reparatur der Kanalufer erfordere.

Senator J. H. Evers erklärt, daß allerdings der schlechte Baugrund die definitive Ausführung verschiedener Anlagen überhaupt unmöglich mache.

Abschnitt „Schulen".

Mühsam beantragt und begründet folgendes: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der von der Oberschulbehörde ausgesprochene Grundsatz, daß Israelitinnen als Lehrerinnen an den Volksschulen nicht angestellt werden dürften, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Senator Dr. Eschenburg: Die Behörde hat anerkannt, daß die Fassung des Entscheides, der besagt, daß Israelitinnen grundsätzlich nicht als Lehrerinnen angestellt werden sollen, zuweit geht. Nur zur Erteilung von Religionsunterricht sind sie nicht geeignet, sonst können sie für andere Fächer wohl geeignet sein. Also grundsätzliche Bedenken gegen die Anstellung von Israelitinnen als Volksschullehrerinnen liegen nicht vor.

Mühsam: Ich bin durch die mir vom Senat erteilte Auskunft voll befriedigt und ziehe meinen Antrag deshalb zurück.

Th. Schwartz beanstandet, daß einem Schulwärter, der seine Stellung zu Ostern verläßt, von der Oberschulbehörde ein schlechtes Zeugnis ausgestellt worden ist, während ihm seine unmittelbaren Vorgesetzten nur lobende Zeugnisse gaben. Es sei nötig, hier Klarheit über das Vorgehen der Behörde zu schaffen.

Senator Dr. Eschenburg: Gegen den Betreffenden liegt mancherlei vor, was in den Akten steht, die Herr Schwartz nicht kennt.

Gusmann klagt darüber, daß bei der Budgetberatung so lange Reden gehalten werden, die eigentlich mit dem Budget gar nichts zu tun haben. Früher wurde die Budgetberatung in einer Sitzung beendet.

Wissell: Gusmann möchte jedenfalls das Budget am liebsten en bloc annehmen. Wir fassen unsere Pflichten als Volksvertreter eben anders auf als Sie, und meinen, daß gerade beim Budget Gelegenheit genommen werden muß, Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Das werden wir auch in Zukunft so halten, unbekümmert darum, ob es Ihnen recht ist oder nicht. Zu der Angelegenheit des Schulwärters übergehend, bemerkt Redner, daß es entweder von den Beamten ganz unqualifizierbar gewesen sei, als sie, wie es nach der Erklärung des Senatskommissars aussehen könnte, dem Schulwärter wahrheitswidrig ein gutes Zeugnis ausstellten, oder aber die Oberschulbehörde habe bei der Ausstellung ihres schlechten Zeugnisses ihre Pflicht verletzt.

Senator Dr. Eschenburg sucht nochmals das Vorgehen der Behörde mit dem Hinweis auf die Akten, in denen angeblich etwas nachteiliges über den Schulwärter steht, zu rechtfertigen.

Th. Schwartz: Ich habe die Angelegenheit nicht aus persönlichen Gründen angeschnitten, sondern um Mißdeutungen vorzubeugen. Die guten Zeugnisse sind dem Schulwärter von seinen Vorgesetzten wenige Tage früher ausgestellt, als das schlechte der Oberschulbehörde. Es ist deshalb die Annahme nicht zutreffend, als wenn der Mann sich erst nachträglich um Ausstellung eines besseren Zeugnisses an seine Vorgesetzten gewandt hat. Redner hob dann nochmals nachdrücklich die Bedeutung der Budgetberatung hervor.

Wissell: Ich will auf die eben erörterte Frage nicht weiter eingehen, sondern möchte mich zu dem von Mühsam zurückgezogenen Antrag äußern. Da muß ich erklären, daß mich die Antwort des Senatskommissars nicht befriedigt hat. Es ist ausgesprochen worden, daß Israelitinnen wohl als Handarbeits- und Turnlehrerinnen angestellt werden können, jedoch in andern Fächern nicht. Das kommt nur davon, weil in der Schule Religionsunterricht erteilt wird. Nach meiner Ansicht müßte jedem, der die Qualifikation dazu besitzt, die Möglichkeit gegeben werden, als Lehrer angestellt zu werden, ohne Rücksicht auf seine religiösen Anschauungen. (Lebh. Widerspruch.) Jetzt werden manche Lehrer gezwungen, den Kindern in religiöser Beziehung etwas zu lehren, an das sie selbst nicht glauben. Ich möchte zum Beweis dafür nur auf Bremen hinweisen.

Dr. Wittern tritt Gusmann entgegen und meint, daß die Budgetberatung wohl dazu dienen soll, Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Gegenüber Wissell bestreitet er, daß die Lehrer Religion gegen ihre Überzeugung lehren müssen. Von Religion versteht Wissell nichts.

Wissell: Wenn Herr Dr. Wittern meint, daß ich von Religion nichts verstehe, so weise ich darauf hin, daß ihm hier der Vorwurf gemacht worden ist, daß er nicht einmal den Vorsitz einer Kommission führen kann. Wir wollen, daß die Religion überhaupt aus der Schule verschwindet.

Beim Titel „Stadtbibliothek" bedauert

Wissell, daß seiner bereits im vorigen Jahr gegebenen Anrege, die Gehälter der Bibliothekare der Stadtbibliothek zu erhöhen, nicht Folge geleistet worden sei. Er als einfacher Arbeiter müsse hier für die höhere Bezahlung der geistigen Arbeit eintreten. Die gezahlten Gehälter seien Hungerlöhne, wenn man bedenke, daß es sich um Leute mit wissenschaftlicher Vorbildung handle. Der Markthallenaufseher erhält 1800 Mark als Anfangsgehalt, während der eine Hilfsbibliothekar die gleiche Summe als Endgehalt bezieht. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Anträge wolle er nicht stellen, weil dieselben doch abgelehnt würden. (Dr. Wittern ruft: Stellen Sie doch Anträge.) Dem kann leicht abgeholfen werden. Redner fragt sodann danach, wie weit die geplante Reorganisation der Stadtbibliothek gediehen ist.

Senator Dr. Eschenburg erklärt, daß die Reorganisation im Senate geprüft werde und daß auch die Beamtengehälter neu geregelt werden würden. Die Bibliothekare füllen ihren Posten doch nur im Nebenamt aus.

Wissell bestreitet das ganz entschieden. Es gibt allerdings einen Beamten, der im Nebenamt ebensoviel bezieht, wie ein Bibliothekar der Stadtbibliothek überhaupt erhält. Wer das ist, kann man ja im Etat leicht finden. Redner stellt sodann den Antrag, der Senat wolle die Frage prüfen, in welche Klasse des Beamtenbesoldungsetats die Stadtbibliothekare einzustellen sind.

Senator Dr. Eschenburg ersucht um Ablehnung des Antrages Wissell.

Der Antrag Wissell wird darauf abgelehnt.

Artikel „Kaufmännische Fortbildungsschule".

A. Pape hält es für notwendig, daß bei der Festsetzung der Unterrichtszeit in der kaufmännischen Fortbildungsschule auch Rücksicht auf die Lehrherrn der Schüler genommen wird. Rätselhaft sei ihm die Summe von 2000 Mk., die für die Heizung ausgeworfen sind. Auch die fünfmal größere Gewerbeschule hat nur 2000 Mk. für Heizung aufgewendet. Weiter bemängelt Redner die Neuanstellung von akademischen Lehrern, die nicht im Interesse der kaufmännischen Lehrlinge liegt, die dafür aber sehr viel Geld kostet. Zu berücksichtigen wäre, daß auch die Vorbildung der Schüler bei der Einklassierung derselben in Betracht gezogen wird.

Hinckeldeyn bemerkt, daß es sich um die Anstellung von Lehrern handelt, welche die Handelshochschule besucht haben. Die hohe Summe für Heizung ergibt sich daraus, daß den ganzen Tag über Unterricht erteilt würde, was bei der Gewerbeschule nicht der Fall sei. Redner tritt in seinen weiteren Ausführungen warm für die Schule ein.

Zu diesem Gegenstand sprachen sodann noch A. Pape, Senator Dr. Eschenburg und Hermann Fehling.

Artikel „Jenische Freischule für dürftige Mädchen".

Dr. Wichmann wünscht eine Änderung des Titels, da man nach dem gegenwärtigen Sprachgebrauch unter dürftige Mädchen etwas anderes als bedürftige Mädchen verstehe. (Heiterkeit.)

Senator Dr. Eschenburg und J. Hahn erklären, daß die Schule die beanstandete Bezeichnung schon seit ihrer Gründung führt.

Der gesamte Etat wird sodann ohne weitere wesentliche Debatte genehmigt. Die gestellten Anträge sollen an erster Stelle auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftsversammlung gesetzt werden.

Schluß 10¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Der Beirat für Arbeiterstatistik trat am 22. März zu seiner 17. Sitzung zusammen. In den Beirat für Arbeiterstatistik sind gewählt worden vom Bundesrat: Geh. Ober-Regierungsrat Neumann-Berlin, Regierungsrat Dyck-München, Geheimrat Dr. Fischer-Berlin, Staatsrat v. Schicker-Berlin, Ober-Regierungsrat Dr. Bittmann-Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Usinger-Darmstadt, Staatsrat Paulsen-Berlin; vom Reichstag: die Abgg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Dr. Hitze, Dr. Pachnicke, Pauli-Potsdam, Dr. Pieper, Schack, Schmidt-Berlin (Soz.) Auf der Tagesordnung standen neben geschäftlichen Mitteilungen die Bestellung der Ausschüsse für die laufenden Erhebungen und Mitteilungen über deren Stand. In den Ausschuß für die Erhebung über die Arbeitszeit im Fleischergewerbe wurden als Berichterstatter des Beirats Ministerialrat Dr. Usinger und als Mitglieder die Herren Dr. Pachnicke, Dr. Pieper und Schmidt gewählt. In den Ausschuß für die Erhebung über die Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe wurden als Berichterstatter des Beirats Geheimer Rat Dr. Fischer und als Mitglieder die Herren Dr. Hitze, Pauli, Dr. Pachnicke und Schmidt bestellt. Der Ausschuß für die Erhebung über die Arbeitszeit im Binnenschiffahrtsgewerbe besteht nunmehr aus dem Herrn Geh. Ober-Regierungsrat Neumann als Berichterstatter des Beirats und den Herren Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim, Dr. Pieper und Schack. In den Ausschuß für die Erhebung über die Arbeitszeit in Wasch- und Plättanstalten wurden Herr Ober-Regierungsrat Dr. Bittmann als Berichterstatter des Beirats und die Herren Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Pauli und Schack berufen. Aus den Mitteilungen, die über den Stand der laufenden Erhebungen durch die Referenten der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes gemacht wurden, ergab sich, daß die Arbeiten so weit fortgeschritten sind, daß sämtliche Ausschüsse alsbald zusammentreten können, um die Vorschläge für die nächste Sitzung des Beirats festzustellen.

Die Machtprobe in der Holzindustrie. Die „neue Taktik" des Arbeitgeberschutzverbandes besteht in folgendem: Man will den Mitgliedern des Arbeitgeberschutzverbandes gestatten, nach Ostern die Betriebe wieder zu öffnen. Jedoch sollen nur solche Tischler eingestellt werden, die unterschriftlich erklären, daß sie dem Holzarbeiterverbande nicht mehr angehören. Diese „Taktik" ist unseres Erachtens sehr alt. Sie ist schon sehr oft angewendet worden, aber der Erfolg war schließlich immer auf Seite der Arbeiter. Auch dieses Mal werden sich die Arbeiter dafür bedanken, unter solchen Umständen in die Werkstätten zurückzukehren. Die Scharfmacher in der Holzindustrie werden sich am Ende doch dazu bequemen müssen, mit dem Holzarbeiterverbande ein auch für die Arbeiter annehmbares Vertragsverhältnis einzugehen. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß gegenwärtig wieder einmal in allen Unternehmerblättern arbeitswillige Holzarbeiter für Berlin gesucht werden. Man verspricht den Leuten einen Mindeststundenlohn von 55 Pfg. und 52 Arbeitsstunden pro Woche. Unterzeichnet sind die Arbeitswilligengesuche vom Obermeister C. Rahardt. Jeder Holzarbeiter kennt den Kampf der Berliner Kollegen. Keiner darf ihnen in den Rücken fallen.

Zwei Dokumente sozialer Fürsorge veröffentlicht unser Dortmunder Parteiblatt. Das erste ist vom Ende 1904 datiert und lautet:

Herrn

Wilhelm König

Horst.

In Anerkennung der treuen Dienste, die Sie mehr als 25 Jahre hindurch der Union leisteten, haben wir unsere Hauptkasse angewiesen, Ihnen eine Remuneration von M. 50 auszuzahlen.

Wir hoffen, daß Sie auch weiterhin bemüht sein werden, unser Unternehmen zu fördern und namentlich allen Bestrebungen entgegenzutreten, die angetan sein können, das gute Einvernehmen zwischen der Werksleitung und den Werksangehörigen zu stören.

Hochachtungsvoll
Union
Aktien-Gesellschaft für Bergbau
Eisen- und Stahlindustrie

Dortmund, den 21. Dezember 1904.

Sehr nett und sehr nobel, nicht wahr? 50 Mark auf einmal erhielt der Mann, weil er mehr als 25 Jahre der Union treue Dienste geleistet hatte! Und er erhielt sie in der Erwartung, daß er das Unternehmen weiter fördern werde, in der Erwartung, daß er allen Bestrebungen, die vielleicht einer Aufbesserung der miserablen Löhne galten, entgegentreten werde. Denn solche Bestrebungen würden das „gute Einvernehmen" stören. Wars wirklich nicht ein bißchen viel verlangt für M. 50? Ob der Jubilar sich darüber Gedanken gemacht hat, wissen wir nicht, wissen nur, daß er auch ferner treue Dienste geleistet hat, bis er sich hinlegte und starb. Mit Wilhelm König war man nun fertig auf der Union, nicht aber mit dessen Witwe. Sie sagte sich: Mein Mann war so lange Jahre Mitglied der Pensionskasse, folglich steht mir auch eine Witwenrente zu. Und mit einem Antrag auf Gewährung dieser Rente wandte sie sich an die Verwaltung. Abgelehnt! Zu ihrem größten Erstaunen erhielt sie folgenden Bescheid:

Dortmund, den 22. Februar 1907.

Frau
Witwe Arbeiter Wilhelm König
Steele, Königstr. 7.

Unter Beziehung auf unser Schreiben vom 17. d. M. erwidern wir auf Ihren Antrag vom 12. d. M., daß Ihnen nach dem Statut der Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse unserer Hüttenwerke ein Anspruch auf Witwen-Pension nicht zusteht.

Ihr verstorbener Ehemann ist zunächst vom 25. Januar 1879 bis 25. Mai 1901 auf unseren Horster Werken beschäftigt gewesen, aber mit Ende 1901 aus unseren Diensten geschieden nach der am 15. Mai 1901 wegen Betriebseinschränkung erfolgten Kündigung. Durch das Ausscheiden aus unseren Diensten (Ende Mai 1901) hatte Ihr verstorbener Ehemann die Mitgliedschaft zur Invalidenkasse und auch den Anspruch auf Unterstützung aus der Kasse verloren, laut § 2 letzter Absatz des Kassenstatuts. Am 5. April 1903 ist Ihr verstorbener Mann dann wieder auf unseren Werken in Arbeit getreten und beschäftigt gewesen bis zum 2. Februar 1905. Auch für diese Zeit ist aber ein Anspruch auf Witwen-Pension nicht erwachsen, da hierzu eine ununterbrochene mindestens zehnjährige Beschäftigung auf einem unserer Werke erforderlich ist, laut § 19 des Statuts der Invalidenkasse und § 11 des Statuts der früheren Pensionskasse für unsere Horster Werke.

Die Invalidenkasse kann Ihnen deshalb leider keine Witwen-Pension gewähren. Übrigens haben wir Ihnen auf Antrag unserer Horster Werke noch am 14. Februar 1906 eine Unterstützung von 20 Mk. gewährt.

Hochachtungsvoll
Union
Aktien-Gesellschaft für Bergbau
Eisen- u. Stahlindustrie.

Selbst wenn die Angabe der Verwaltung bezüglich des Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis stimmte, wäre es etwas Unerhörtes, daß der Mann, der von 1879 bis 1901 auf dem Werke gearbeitet, also auch seine Beiträge zu

der Kasse geleistet hat, wegen Betriebseinschränkung entlassen und damit aller Ansprüche an die Kasse verlustig gehen würde. Da haben wir die famose „soziale Fürsorge“ des nationalliberalen Unternehmertums. Da haben wir wieder einen überaus interessanten Beitrags zum Kapitel Wohlfahrtsplage . . . . . Aber die Witwe des Verstorbenen bestreitet, daß ihr Mann jemals entlassen worden sei, er habe nur eine zeitlang krank gefeiert. Nun werde es hingestellt, als ob er während dieser Zeit entlassen worden sei. Mit Recht kann sich die Witwe auf das erste Dokument berufen, niemals würde es die Verwaltung ausgestellt, niemals würde sie die 50 Mk. bezahlt haben, wenn der Mann inzwischen wirklich abgekehrt gewesen wäre. Der Witwe bleibt nun nichts anderes übrig, als klagbar gegen die Union zu werden; ein Prozeß übrigens, auf den das Werk stolz sein kann.

Zum Fall Krohn wird unterm 24. aus Konstanz gemeldet: Das am heutigen Sonntag hier stattgehabte Parteischiedsgericht, dem Genosse Wilhelm Blos vorsaß, lehnte nach längeren eingehenden Verhandlungen und nach Einvernahme einer Reihe von Zeugen den Ausschlußantrag gegen den Parteigenossen Malermeister und Stadtverordneten August Krohn einstimmig ab. Krohn wurde jedoch verpflichtet, die Leitung der Parteigeschäfte in Konstanz niederzulegen, damit die Wiederherstellung des Parteifriedens in Konstanz ermöglicht werde.

Das fängt „gut“ an. In dem neu eroberten industriellen Riesenwahlkreise Duisburg-Mülheim, wo die Millionenmänner Stinnes, Thyssen, Haniel usw. die Herrschergewalt ausüben, stehen unsere Genossen auf sehr exponiertem Posten. Selbstverständlich sind dort, wo dem Arbeiter der Klassenkampf täglich in unverhülltester Form vorgeführt wird, die Opfer dieses Kampfes besonders zahlreich. Da unsere Genossen im Duisburger Wahlkreise sich im vergangenen Herbst auch ein eigenes Parteiorgan (d. h. zunächst als Kopfblatt) geschaffen haben, so kommen nunmehr zu den Maßregelungen, Aussperrungen, Strafmandaten usw. auch die üblichen Preßprozesse. Am Donnerstag v. W. hatte sich Genosse Heise, der Verantwortliche der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“, wegen Beleidigung eines Polizeibeamten vor der Strafkammer in Duisburg zu verantworten. Das erste Debut kostete 50 Mk. Am Sonnabend stand Heise abermals wegen Polizeibeleidigung vor Gericht. Auch die zweite Sache wurde mit 50 Mk. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen abgetan. Eine dritte Sache, bei der es sich um Beleidigung zweier Volksschullehrer handelte, stand gleichfalls am Sonnabend an. Da die Zeugen in diesem Falle vollständig versagten, d. h. sie bekundeten das Gegenteil von dem, was dem Angeklagten mitgeteilt war, so kam Heise hierbei nicht so glimpflich ab, er erhielt vierzehn Tage Gefängnis zudiktiert. Ein vielversprechender Anfang für das junge Blatt, wenn man in Betracht zieht, daß gegen den Genossen Heise noch drei Anklagen schweben.

Zum Tode des Genossen Tscherniak. Bürgerliche Blätter melden: Die belgischen Gerichtschemiker, die amtlich mit der Untersuchung der Todesursache der Russen Tscherniak und Genossen, die seinerzeit an Bord ihres Dampfers erstickt aufgefunden worden sind, beauftragt waren, stellten die verschiedensten Experimente an, kamen aber zu keinem bestimmten Ergebnis, obwohl sie immer noch überzeugt sind, daß der Tod durch irgend ein ausgeströmtes Gas verursacht worden ist. Da man jetzt bestimmt weiß, daß niemand an Bord zur russischen Polizei in Beziehung gestanden hat, so darf der Gedanke an ein Verbrechen als abgetan angesehen werden. Die Sachverständigen setzen die Untersuchung fort. — Im Gegensatz zu dieser Meldung glauben wir auch heute noch an ein Verbrechen, dem unser Genosse und seine Begleiter zum Opfer gefallen sind.

Westpreußische Justiz. Wegen Diebstahls — eines Flugblattes der Ordnungsparteien stand dieser Tage ein Genosse aus Stuthof vor dem Schöffengericht zu Danzig. Ein Gastwirt zu Stuthof hatte ihn beschuldigt, ein bei ihm aushängendes Flugblatt fortgenommen zu haben. Vor Gericht konnte der eifrige Staatsretter nur beschwören, daß der Angeklagte das Blatt vom Nagel nahm und es am Tische las, er mußte aber zugeben, daß er für die weitere Behauptung seiner leichtfertigen Anschuldigung, der Angeklagte habe das Blatt mitgenommen, keinerlei Anhalt habe. Ein anderer Zeuge dagegen beschwor ausdrücklich, daß der Angeklagte das Flugblatt nicht mitgenommen habe. So mußte denn der Amtsanwalt selbst die Freisprechung beantragen, die das Gericht auch aussprach. Indes lehnte das Gericht die Forderung des Angeklagten, ihn für durch die leichtfertige Denunziation erwachsenen Zeit- und Geldopfer zu entschädigen, mit der eigentümlichen Bemerkung ab, es sei nicht die Unschuld des Beleidigten erwiesen, sondern es fehle nur der Beweis des Diebstahls! Mit diesem Bericht, der da anschaulich zeigt, wie leicht eine Anklage gegen einen Sozialdemokraten erhoben ist, vergleiche man den folgenden aus Elbing, der die Vorsicht und die Bereitwilligkeit einer Staatsanwaltschaft, der Darstellung eines Beschuldigten zu glauben, ins hellste Licht rückt. Gegen den Besitzer Preuß zu Schöneberg an der Weichsel war Strafantrag gestellt worden wegen Stimmenkaufs! Preuß hatte einem Reichstagswähler 30 Pfennige, einen Schnaps und einen Oldenburgischen Stimmzettel gegeben mit der Aufforderung, den konservativen Kandidaten zu wählen, was denn auch geschah. Dieser Tage erhielt nun Genosse Schröder, der Strafantragsteller folgendes Schreiben von der Staatsanwaltschaft:

„Es ist richtig, daß der Beschuldigte für den Eigentümer Jankowski einen Schnaps bezahlt hat. Hierbei ist jedoch von der Wahl keine Rede gewesen. Außerdem hat Jankowski bereits am Vormittage gewählt, während die Einladung zum Schnaps erst am Nachmittag erfolgte.

Ebenso ist richtig, daß der Beschuldigte dem Arbeiter Mirau am Wahltage 30 Pf.g gegeben und einen Schnaps für ihn bezahlt hat. Er hat ihm dabei nicht gesagt, daß er das Geld und den Schnaps dafür erhalte, daß er einen bestimmten Kandidaten wähle. Das Geld hat Mirau vielmehr dafür erhalten, daß er bei dem Beschuldigten Weiden geköpft und dafür noch keine Bezahlung bekommen hatte.

Einen Stimmzettel hat der Beschuldigte weder dem Jankowski noch dem Mirau gegeben. Bei dieser Sachlage kann von einem Vergehen gegen § 209 des Reichsstrafgesetzbuches keine Rede sein.

Das Verfahren ist eingestellt.

Gliemann.

Die „Königsberger Volkszeitung“, die den Fall seinerzeit besprochen hatte, hält diesem Entscheid gegenüber ihre Darstellung vollständig aufrecht und meint:

„Der Besitzer Preuß hat sich am Wahltage des von ihm verübten Stimmenkaufs dritten gegenüber gerühmt. Schröder hatte der Staatsanwaltschaft eine Anzahl Personen namhaft gemacht, die sich bereit erklärten, dies vor Gericht zu beschwören . . . . . Also das, was der Angeschuldigte erklärt, ist für die Behörde richtig. Schade, daß nicht alle Angeschuldigten solche gläubigen Staatsanwälte finden!“

In der Tat! Namentlich der in Danzig jetzt eben freigesprochene Genosse mag das bedauern. Denn dann wäre er sicher nicht angeklagt worden und hätte die Opfer an Zeit und Geld nicht zu bringen brauchen, die ihm der Prozeß verursacht hat!

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten in St. Gallen. Der schweizerische sozialistische Parteitag war von insgesamt 241 Delegierten besucht und nahm mit 168 gegen 27 Stimmen die Thesen des Nationalrates Scherer über die Einführung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern zur Schlichtung sozialer Konflikte an, lehnte jedoch die Wiederaufnahme der Initiativbewegung für die Verhältniswahl des Nationalrats und die Forderung des freien Ansiedelungsrechtes der Schweizer Bürger für das ganze Land ab. Der Parteitag erklärte sich unter anderem für die Initiative betreffend das Verbot des Absinthverkaufes.

Schokoladenarbeiterstreik in der französischen Schweiz. „W. T. B.“ meldet aus Lausanne: Der Ausstand, den die Arbeiter der Schokoladenfabrik Kohler und Peter in Vevey, Orbe und Bussigny vor einigen Tagen begannen, führte zu Weiterungen. Die Gewerkschaften von Vevey beschlossen, am letzten Montag in einen Solidaritätsstreik einzutreten. Montag kam es in Vevey und Orbe zu so ernsten Ruhestörungen (?), daß der Staatsrat beschloß, Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung aufzubieten.

Ein Vertreter christlicher Zivilisation. In Swakopmund fand jüngst der Prozeß gegen den Farmer und Kavallerie-Reserveoffizier Paul Wiehager, den Besitzer der Farm Omatjenne im Bezirk Ontjo statt. Die Anklage lautet auf Tötung von drei Eingeborenen und Bestechung von Angehörigen der Schutztruppe. Der Angeklagte soll das Hereroweib Zarote, das aus der Arbeit entlaufen war, erschossen haben. Ferner soll er eine Hererofrau und ein Mädchen, die ebenfalls fortgelaufen waren, an einen Baum haben anbinden lassen. Da er die beiden nicht wieder losmachte, soll die Frau gestorben sein, während das Kind, das noch schwache Lebenszeichen von sich gab, durch einen Bastard im Auftrage Wiehagers erhängt wurde. Das Urteil des Gerichtshofes fiel sehr milde aus. Es wurden dem Verbreiter europäischer Zivilisation im Hererolande drei Jahre Gefängnis zudiktiert. Der Gerichtshof hat die Tötung der Zarote als erwiesen angenommen. Indessen sei das Moment der Überlegung verneint und angenommen worden, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt habe. Desgleichen ist in dem zweiten Falle der Tod der beiden eingeborenen Frauen und die Schuld des Angeklagten daran als erwiesen angenommen worden. Daß die eine der Frauen noch gelebt hat und aufgehängt worden sei, wurde nicht als erwiesen angenommen. Nach Ansicht des Gerichts liegen zwei Fälle der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vor. Zu beiden Anklagepunkten sind dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt worden mit Rücksicht auf seine Jugend, die bisherige Unbescholtenheit und die allgemeine Lage der Verhältnisse. Gegen das Urteil ist sowohl von der Staatsanwaltschaft als vom Angeklagten Berufung eingelegt worden. — Es gibt doch noch milde Richter — in Afrika.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Ein guter Anzug

muß vor allen Dingen von tadellosem Sitz und aus Stoffen hergestellt sein, die sich erfahrungsgemäß als haltbar und gut bewährt haben. Seit Jahren ist bekannt, daß

Louis Levy's Anzüge

diese Vorzüge im hohen Maße besitzen, und ist es daher ratsam, beim Einkauf eines Anzuges sich durch Besichtigung der Läger der ältesten Firma für Herren- und Knabenbekleidung

Louis Levy, Klingenberg 5

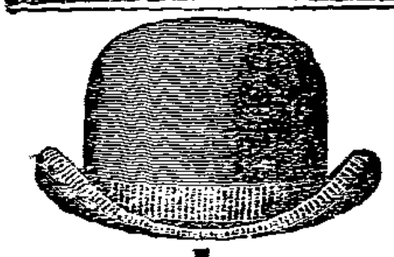
hiervon zu überzeugen, was ohne Kaufzwang gern gestattet ist.

Herren-Anzüge in neuen gemusterten und scharzen Stoffen 9.50, 12.50, 17.25, 25.00, 32,00, 45,00 Mk.

Sommer-Paletots in chiker Ausführung, 8.50, 12.50, 16.00, 24.00, 33.00 Mk.

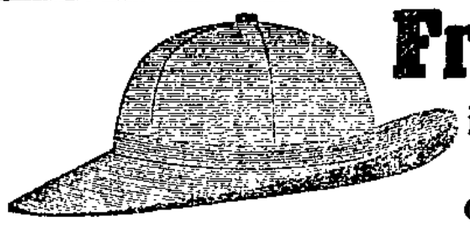
Für jede Figur, sogar für die stärksten Herren, passende Anzüge vorrätig.

Rote Rabattmarken. Rote Rabattmarken.



E. Hirsekorn,
Lübeck, Sandstr. 22,
empfiehlt sein Lager
moderner Hüte und Mützen.
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Rote Rabatt-Marken.

Sehr schöne
Speisebutter
à Pfd. Mk. 1,—, bei 5 Pfd. à 95 Pfg.
Königstrasse 98. Th. Storm, Fernsprecher 473.



Frühjahrs-Neuheiten
in Herren-Hüten u. Mützen, Knaben-Hüten u. Mützen,
Mädchen-Mützen, Cylindern u. Klapphüten.
Große Auswahl. Billigste Preise. Rote Rabattmarken.
Walter Stalbohm, Hüxstraße 26.

Gemüse- und Blumensaaten in großer Auswahl,
Rasengras, Keimfähigkeit garantiert,
empfiehlt T. Buhrmann, Holstenstraße 23. Fernsprecher 153.

Geschäfts-Eröffnung.
Sonnabend, den 30. März eröffne ich
Schönkampstraße 3 a
ein
Wurst- und Aufschnittwaren-Geschäft
Um geneigten Zuspruch bittet
Friedrich Alwart.

Weine pro 1/1 Fl. 0,60, 0,70 u. 0,90 Mk. Flaschen werden nicht berechnet.
Zigarren 100 Stück Mark 3,00 und 3,50.
Seife 2 Stück 15 Pf.
Osterkarten 5 St. Mk. 0,10.
Breitestraße 32.

Die ganz frische Hofbutter
kostet von heute ab das Pfund nur 1,15 Mk.
Heinr. Wischendorff. Königstraße 88.

Empfehle zu den Feiertagen:
Prima Kalbsbraten
„ Ochsenbraten
„ Schweinebraten
sowie ff. Aufschnitt
in bekannter Güte.
Oscar Keil
Schlachterei u. Wurstmacherei m. elektr. Betr.
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Revolver,
Teschings,
sowie alle Sorten Patronen
in großer Auswahl.
Oldorf, St. Petri 7, Fernspr. 1251.

Alte Töpfe werden mit starken Böden versehen und wieder neu emailliert.
Engelsgrube 81.

Zur billigen Fleischquelle.
Prima Kalbsbraten Pfund 50 Pfg.
Pa. jung. Schweinefleisch „ 60 „
J. J. P. Möller,
48 b Königstrasse 48 b.

Schweinefleisch	55	Pf.
Karbonade	70	„
Bestes Schmalz	70	„
Beste Gekochte	60	„
Beste Leberwurst	60	„
Sülze	50	„
Braunschweiger	50	„

Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstrasse 73.

Empfehle diese Woche ausnahmsweise prima kernfettes
Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
Bratenstücke 65 u. 70 „
Pa. Kalbfleisch 50, Keule 60
Schweinefleisch 60 Pfg.
Paul Boldt, Wahmstraße 22

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlm. 10.
z. B. komplete Betten von 12,50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Johannes Probst
Uhrmacher Marlistraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,85
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Frisenrjacken
Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Uhren, Gold- u. Silberwar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königstraße 62, bei der Börse

Wer
gute und billige Schuhwaren kaufen will, gehe zu
Louis Levy, Lübeck
ob. Marlesgrube 4 u. 6, Ecke Klingenbg.

Rote Rabattmarken!

Damen-Spangenschuhe	2,25
Damen-Schnürschuhe	3.75
Damen-Schnürstiefel	5.75
Damen-Schnürstiefel (sehr eleg.)	7.50
Herren-Schnürschuhe	3.75
Herren-Zugstiefel	4.75
Herren-Schnürstiefel	4.50
Herren-Schnürstiefel (extra stark)	6.75

Kinder-Agraffenstiefel

25—26	27—30	31—35
2.85	3.50	3.85

Zu den Feiertagen
empfehle
Prima Ochsenbraten
Prima Kalbsbraten
Prima Schweinebraten
Sämtl. Fleisch- u. Wurstwaren
in bekannter Güte
ff. Aufsschnitt ff.
H. Spangenberg
Schlachterei u. Wurstfabrik m. elektr. Betr.
Schwartauer Allee 59 Ecke Ludwigstraße.

Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113.
Billiger Verkauf
von **Wein, Rum, Kognak, Likören etc.**

Sonnabend und Sonntag sind **Ferkel** zu verkaufen.
Kröger's Gasthof, Schwartau.

In allergrösster Auswahl empfehlen wir:

Jackett-Anzüge	Rock-Anzüge	Sommer-Paletots
9.00 bis 62.00	30.00 bis 64.00	10.00 bis 45.00
Knaben-Anzüge	**Rock-Anzüge**	**Beinkleider**
2.00 bis 21.00	3.00 bis 18.00	2.00 bis 16.00

Spille & v. Lühmann Lübeck, Sandstr. 17.
Grösstes Spezial-Geschäft am Platze.

So wird SOLO verpackt!
SOLO in Carton,
feinste Delikatess-Margarine, von Naturbutter nicht zu unterscheiden, aber fast um die Hälfte billiger!
Die Verwendung von SOLO in Carton bedeutet also für den Haushalt eine grosse Ersparnis!
Verlangen Sie deshalb ausdrücklich SOLO in Carton.
Ueberall zu haben!
SCHUTZ-MARKE

Schuhwarenverkauf.

Der Verein der Schuhwarenhändler und Reparaturwerkstätten hat beschlossen, sein Hauptlager Beckergrube 50, im Flügel, aufzugeben. Es kommen hierdurch für zirka

15,000 Mark Schuhwaren

zum Verkauf, welche teilweise zu und unter Einkaufspreis abgegeben werden. Es bietet sich hier eine günstige Gelegenheit, seinen Bedarf an Schuhwaren billig zu decken. **Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.**

Der Verkauf findet nur von 4 bis 8 Uhr, des Sonntags von 11—1 Uhr, Beckergrube Nr. 50, im Flügel statt.

Sonnabend vor Ostern bis 10 Uhr abends geöffnet.

Preisauszug:

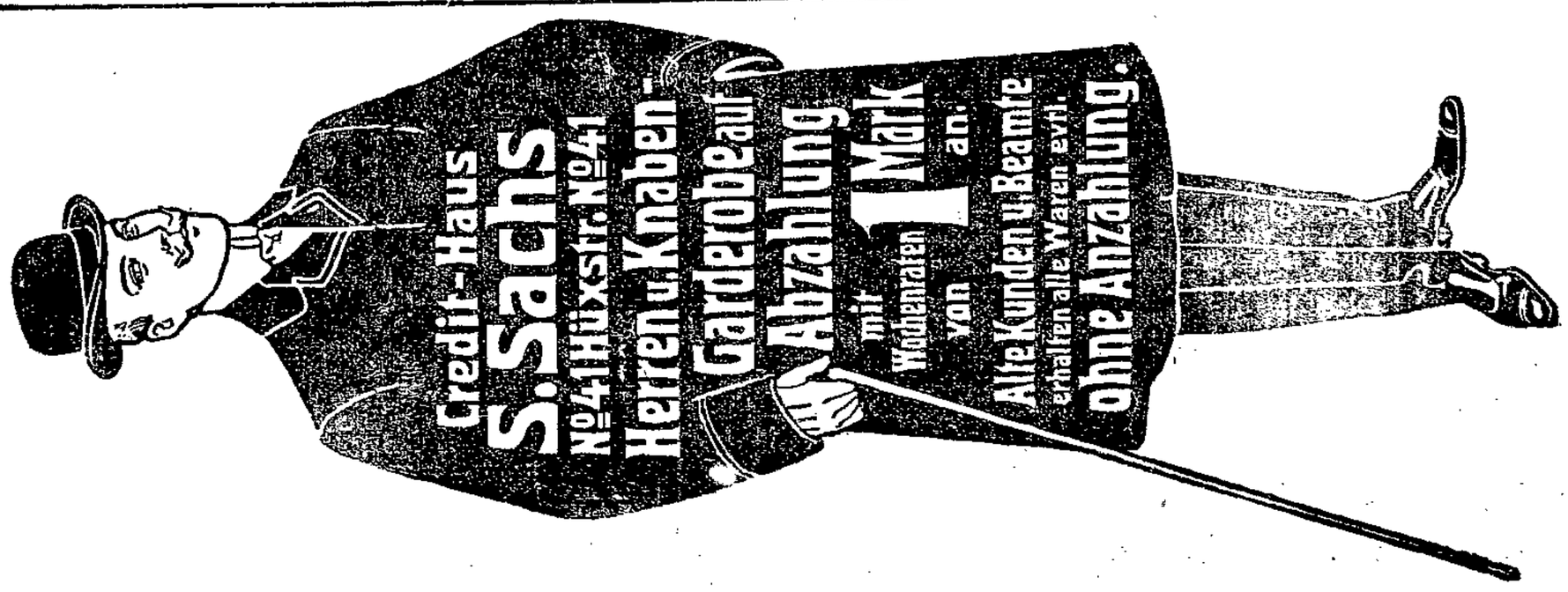
Kinder-Jute-Pantoffel	sonst Mk. 0.30,	jetzt nur Mk. 0.10
Damen-Jute-Pantoffel	„ „ 0.35,	„ „ „ 0.20
Herren-Jute-Pantoffel	„ „ 0.45,	„ „ „ 0.30
Kinder-Ohrenschuhe (Ledersohle)	„ „ 1.00,	„ „ „ 0.70
Herren-Morgenschuhe	„ „ 3.50,	„ „ „ 2.75
Herren-Wichsleder-Schnürschuhe	„ „ 4.50,	„ „ „ 3.45
(extrastark)	„ „ 6.00,	„ „ „ 4.90
„ „ „ Herren-Wichsleder-Schnürstiefel (stark, elegant)	„ „ 7.50,	„ „ „ 5.75
Herren-Wichsleder-Zugstiefel (kräftige Ware)	„ „ 7.50,	„ „ „ 5.50
Herren-Wild-Boxleder-Schnürstiefel (nur noch gr. u. kl. Nr.)	„ „ 10.50,	„ „ „ 7.75
Damen-Chevreaux-Schnürstiefel (Rahmarbeit)	„ „ 12.00,	„ „ „ 8.75
Damen-Roßleder-Chevreaux-Knopfschuhe (elegant)	„ „ 6.50,	„ „ „ 4.90
Kinder-Boxkalf-Schnür-, Knopf- u. Agraffenstiefel 31—35	„ „ 6.50,	„ „ „ 5.00
27—30	„ „ 5.50,	„ „ „ 4.00

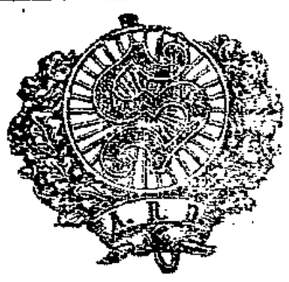
„ „ „ „ Kinder-Schuhe und Knopfstiefel von 75—1.60 in braun und schwarz, sowie andere Sachen, Halbstiefel, Arbeitsschuhe 2c. zu den billigsten Preisen.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote lubeca-Marken.

Werkzeuge
— unter Garantie —
für
Maurer, Zimmerer, Tischler, Drechsler, Schlosser, Schmiede
ferner zur Gartenbearbeitung:
Schaufeln, Spaten, Harken, Draht, Drahtgeflecht
empfiehlt
J. F. B. Grube
Am Markt.

Misch-Kaffee
gutschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.
H. Bülck
Kaffee- und Teehandlung
Fernspr. 149. Breitestr. 54.





Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.
Radtour am 1. Ostertag.
Abfahrt morgens 9 Uhr vom Vereinshaus.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Vom 24. bis 30. März
TIROL
die Zillerthaler u. Oetztaler Alpen-Gruppe.

Reiflich überlegen sollte Jeder, wo er seinen Bedarf in

Herren- und Knaben-Garderoben

deckt. Wir bieten Ihnen in Bezug auf

Auswahl, tadellosen Sitz u. Preiswürdigkeit Vorteile,

wie Ihnen solche

von keiner Konkurrenz geboten werden.

Eleg. Jackett-Anzüge haltbare praktische Stoffe 19.—, 17.50, 14.—, 12.50, 10.— und **8.50** Mk.

Hochf. Jackett-Anzüge ff. Ausführung, auf Roßhaar verarbeitet 45, 39, 35, 30, 27.50, 25 und **22.50** Mk.

Somm.-u. Frühj.-Paletot in sehr großer Auswahl u. Neuheiten 35.—, 28.—, 21.—, 16.—, 12.— und **9.00** Mk.

Knab.-u. Jüngl.-Anzüge sowie einz. Blusen u. Hosen in geschmackvoller Ausführung von **75** Pfg. an.

Rock-u. Gehrockanzüge in Tuch oder Kammgarn 52.—, 45.—, 39.—, 33.—, 28.—, 22.— u. **18.50** Mk.

Gesellschafts-Anzüge, schwarz, in Jackett- u. lang. Chal.-Fasson, sehr chic gemacht, 45.—, 35.—, 26.— und **20.50** Mk.

Gebr. Pandelburger, 10 Holstenstr. 10.

Inh.: Heinr. Weilmann.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Freitag, 29. März

Eröffnung

des Spielplatzes Karlshof.

1. Ostertag

Nachm. bei günstigem Wetter daselbst

gr. Ostereiersuchen

für Kinder.

Um rege Beteiligung bitten

Der Vorstand. Der Pächter M. Keller.

Universum

Das zweimal vermietete Bett.

L. Puls,

Im HANSA-THEATER

An beiden Osterfeiertagen:

Täglich

2 Eröffnungs-Monstre- 2

3½ Uhr **Vorstellungen** 8 Uhr

Auf die Nachmittags-Vorstellungen mit unverkürztem Programm wird das auswärtige und Familien-Publikum aufmerksam gemacht.

Nachmittags: Kleine Preise.

Riesen-Wasserschauspiele

300 cbm Wasser

setzen innerhalb weniger Minuten den Bühnenraum des

Hansa-Theaters unter Wasser.

Der Zaubergarten der Semiramis.

Feerie in prachtvoller Ausstattung.

Leuchtende Geyser u. Cascaden.

Allegorien von 20 Damen.

Palast der Illusionen.

Von hier nach Paris. Die Jagd im Theater.	Ein fid. Gefängn. Das lustige Geister-Konzert.
Eine Reise durch das Unmögliche.	Dir. Schenk's Flug über das Publikum.
Kassenschrank d. Fam. Humbert.	Eine tolle Sache.

Im Reiche des Schattens.

Die Androiden.

Künstl. belebte u. sprech. Menschen.

Eine unheiml. Nacht

Geister-Zitationen.

L'Art et le Beau.

Lebende Kolossalgemälde.

Olympia-Motor-Bioscop.

Billetvorverkauf in Sager's Zigarren-Handlung.

Achtung!

Fackenburg. Liedertafel

General-Versammlung

am Freitag, den 29. März,

nachmittags 4 Uhr

bei Herrn Paetau in Fackenburg

Am ersten Ostertage, den 31. März,

findet ein

Familienfest

mit Theateraufführung statt.

Anfang abends 7 Uhr.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Der Vorstand.

Junggesellen-Klub „S. d. F."

Gemütliche Zusammenkunft

Sonnabend, den 30. März im Klub-Lokal.

Friedrichshof.

Sonntag, den 31. März:

1. Ostertag:

Großes Extra-Konzert.

Ausgewähltes Programm.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

Verein der Musikfreunde.

Ostersonntag, den 27. März 1907,

abends 8 Uhr

im Kolosseum:

25. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.

Solist: Herr **Hermann Singelmann** (Oboe)

Zur Aufführung kommen u. a.:

Oberon-Ouverture — C. M. v. Weber

Phantasie aus „Margarethe" — Ch. Gounod.

Walters Preislied aus „Die Meistersinger v. Nürnberg" — R. Wagner.

Aus der Jugendzeit, Walzer — Aug. Schultz.

Ostermontag, den 1. April,

abends 8 Uhr,

im Kolosseum:

26. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker.)

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.

Solist: Herr Otto Lessle (Trompete).

Zur Aufführung kommen u. a.:

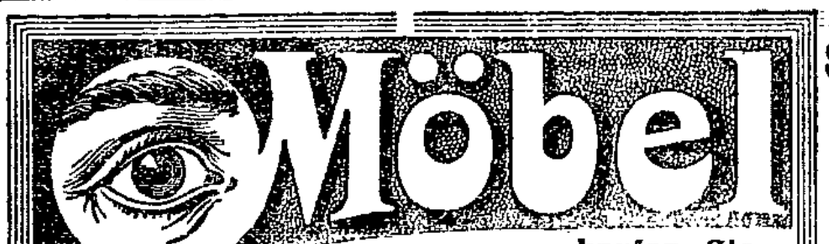
Ouverture zu „Rienzi" — R. Wagner.

Fantasie aus „Hänsel und Gretel" — E. Humperdinck.

Ouverture zu „Orpheus in der Unterwelt" — J. Offenbach.

Luna-Walzer B 4 — P. Linke.

Programm im Lübecker Konzertanzeiger.



kaufen Sie ganz besonders vorteilhaft und sind solche in ganz enormer Auswahl vorrätig in dem Hauptgeschäftshaus für Möbeleinkauf Marlesgrube 45 von H. E. Koch.

Komplette Aussteuern von **140** Mark an.

Moderne englische Schlafzimmer-Einrichtungen 135 Mk.

Stühle! Stühle! Stühle! sind eine große Eisenbahnladung eingetroffen zu billigeren als billigen Preisen. Fordern Sie

Möbel-Katalog

zur Orientierung von

H. E. Kochs Möbelhäuser

Marlesgr. 45, 40 u. 11.

Am ersten Ostertag

im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52:

Unterhaltungsabend verbunden mit Tombola

veranstaltet vom Turnhallen-Bauverein zu Lübeck

zum Besten seines Baufonds

Konzert, Gesangvorträge, turnerische u. humoristische Aufführungen

unter gütiger Mitwirkung des Musiker-Fachvereins, des Dilettanten-Klubs „Freiheit" v. 1906, des Arbeiter-Turnvereins, der Gesangvereine „Eintracht", „Graphische Liedertafel" u. „Lyra".

Kassenöffnung 5 Uhr. Eintrittspreis 20 Pfg. Anfang 6 Uhr.

Kinder in Begleitung Erwachsener 10 Pfg.

Karten sind zu haben bei Leeke, Vereinshaus, und Wittfoot, Hüxstraße 18.

Die nicht abgesetzten Tombolalose müssen am 1. Ostertage, morgens, im Vereinshaus abgeliefert werden. Nicht abgelieferte Lose werden als verkauft angesehen.

Verband der Bäcker. Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum

15. Stiftungs-Fest verb. mit Ball

am Sonntag, den 31. März (Ostersonntag)

im Konzerthaus Fünfhausen.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Das Komitee.

Am Oster-Sonntag und Oster-Montag:

Für **20** Pfennig eine unvergleichbare Vorstellung bieten unsere

Ober-Ammergauer Passionsspiele (tolorisiert),

Kinder 10 Pfg. Anfang 2 Uhr.

TONHALLE, Schmiedestrasse 20.

Stadt-Theater.

Direktion: Ludw. Piorkowski.

Sonnabend, 30. März. 8 Uhr.

Letzte Schüler-Klassiker-Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Auftreten von H. H. Koch, Lübeck.

Minna von Barnhelm

Lustspiel in 5 Akten von Lessing.

Riccaut — H. Koch.

Ostersonntag, 31. März. Vorletzter Tag.

Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen!

Renaissance.

Lustspiel i. 3 Akten v. Schönthan u. K. Elfeld.

Abends 7½ Uhr:

Durchschlagender Heiterkeitserfolg.

Das beste Lustspiel der Jetztzeit.

Zum 3. Male: Unsere Käte.

Lustsp. i. 3 Akt. v. Davies. Deutsch v. Pogson.

Ostermontag, 1. April

Letzter Tag der Winterspielzeit.

Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen!

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Schönthan.

Abends 7½ Uhr: Unsere Käte.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 74. Donnerstag, den 28. März 1907. 14. Jahrg.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Im Hinblick auf die Ausdehnung, die der Kampf in der deutschen Holzindustrie wahrscheinlich in allernächster Zeit nehmen wird, erscheint es angebracht, noch einmal etwas näher auf die Vorgeschichte der Differenzen einzugehen.

Seinen Anfang nahm der Kampf in Berlin, wo im Oktober vorigen Jahres der seit zwei Jahren bestandene Tarifvertrag sowohl von dem Verband der Holzindustriellen, als auch vom Holzarbeiterverband gekündigt wurde. Ein Vierteljahr hindurch, bis zum Ablauf der Kündigungsfrist am 15. Januar 1907, wurden darauf Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages gepflogen, welche jedoch daran scheiterten, daß die Arbeitgeber als das äußerste Zugeständnis eine dreijährige Verlängerung des alten Vertrages anboten, aber den Vorschlag des Holzarbeiterverbandes, zu den alten Bedingungen ohne Vertrag weiterarbeiten zu lassen, mit Entschiedenheit ablehnten. Mit dem Abschluß eines neuen dreijährigen Vertrages erklärten die Arbeiter sich nur unter der Bedingung einverstanden, daß derselbe ihnen auch einige Verbesserungen bringe, als welche hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden und eine Erhöhung des wöchentlichen Abschlaglohnes von M. 24 auf M. 27 bezeichnet wurden. Die Arbeitgeber lehnten jegliche Verbesserung rundweg ab, beharrten aber zugleich auf ihrem Verlangen nach Abschluß eines neuen Vertrages und schritten so unter der Parole „Ohne Vertrag keine Arbeit" am 15. Januar zur Aussperrung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes.

Es ist nicht uninteressant, an diesem Beispiel den Umschwung in der Stellungnahme des Unternehmertums zu der Arbeiterorganisation und zu den Tarifverträgen zu konstatieren. Bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit noch lehnten die Unternehmer fast ohne Ausnahme die Anerkennung der Arbeitergewerkschaften und die offizielle Verhandlung mit ihnen strikte ab, ebenso wurden auch und werden zu einem großen Teil noch jetzt Tarifvereinbarungen mit den Gewerkschaften von den Unternehmern grundsätzlich abgelehnt. Heute dagegen sehen wir die Arbeitgeber der Holzindustrie diese gewaltige Aussperrung inszenieren, um dadurch den Verband der Holzarbeiter zu nötigen, in ein Vertragsverhältnis einzuwilligen, das allerdings lediglich die Wünsche der Arbeitgeber befriedigen, diejenigen der Arbeiter aber unerfüllt lassen soll.

Allerdings hat die hier in Frage stehende Unternehmerorganisation, der Arbeitgeberschutzverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen, sich im Gegensatz zu den meisten anderen Arbeitgeberverbänden seit seiner Gründung auf den Standpunkt gestellt, mit dem Holzarbeiterverband zu verhandeln und auch Verträge zu schließen. Die verhältnismäßig große Zahl der gerade in der Holzindustrie in den letzten Jahren zu stande gekommenen Tarifvereinbarungen ist neben der überaus intensiven Lohnbewegung des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu einem guten Teil auch auf diesen Umstand zurückzuführen.

Zu der Frage, inwieweit durch die Tarifvereinbarungen nun tatsächlich der Friede im Gewerbe gesichert wird, liefert die jetzige Bewegung in der Holzindustrie gleichfalls einen Beitrag, welcher für die zukünftige Betrachtung dieser „gewerblichen Friedensdokumente" nicht ohne Bedeutung ist. Drei Wochen nach Beginn der Aussperrung in Berlin wurden nämlich die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes auch in Kiel und Burg ausgesperrt. Die Arbeitgeber in diesen beiden Städten sind gleichfalls dem Schutzverband angeschlossen und haben kaum ein Hehl daraus gemacht, daß sie die Aussperrung an ihrem Orte lediglich zur Unterstützung der Berliner Arbeitgeber vorgenommen haben, um die Kassen des Holzarbeiterverbandes zu leeren und ihn kampfunfähig zu machen. Hiergegen wäre nun, wenn man die Aussperrung gleich dem Streik als legales Mittel im Lohnkampf ansieht, an sich nichts zu sagen, wenn nicht sowohl in Kiel als in Burg Tarifvereinbarungen bestanden hätten, welche die Arbeitgeber willkürlich brechen mußten, wollten sie ihren gegen den Holzarbeiterverband gerichteten Plan ausführen. Der zwischen dem Schutzverband und dem Holzarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag hätte in Kiel wie in Burg frühestens am 31. Dezember 1907 zum Ablauf am 1. April 1908 gekündigt werden können, bis dahin durfte also der gewerbliche Friede in der Holzindustrie in beiden Orten als gesichert angenommen werden. Jedoch der Schutzverband der Arbeitgeber ist in Kiel und Burg selbst vor dem offenen Vertragsbruch nicht zurückgeschreckt; unter den nichtigsten Ausreden proklamierte er die Aussperrung, und zwar mit einer Eile, die es deutlich verriet, daß man irgend welche Verhandlungen vor der Aussperrung damit verhindern wollte.

Der Holzarbeiterverband hat in voriger Woche eine Flugschrift, „Scheingründe der Arbeitgeber für die Aussperrung in Kiel und Burg" herausgegeben, worin der Vertragsbruch der Arbeitgeber mit zwingender Deutlichkeit nachgewiesen ist.

Durch dieses Vorgehen der Arbeitgeber, welches von deren Organisation ausdrücklich gebilligt und unterstützt wird, muß bei den Arbeitern natürlich der Glaube an die Vertragstreue auf jener Seite bedenklich erschüttert werden, was im allgemeinen Interesse sehr zu bedauern ist.

Im dritten Monat tobt nun der Kampf in der Holzindustrie schon, und zu immer neuen Schlägen holt der Unternehmerverband aus. Er ließ die bestehenden Tarifverträge in Leipzig, Dresden, Halle, Görlitz und Guben von den Arbeitgebern kündigen und in allen diesen Orten, sowie in Oldenburg, Barmen und noch mehr Städten wird am 1. April die Aussperrung der Holzarbeiter ebenfalls zur Tat werden.

Handelt es sich für die Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes bei diesem Vorgehen auch in erster Linie darum, den Kampf in Berlin zu seinen Gunsten zu entscheiden, so läuft daneben doch die weitere Absicht, die günstige Gelegenheit zu einem Erfolg der Arbeitgeber auf der ganzen Linie auszunützen. In den letzten Verhandlungen in Berlin hat der bekannte Herr Rahardt direkt ausgesprochen, was er schon vorher in der bürgerlichen Presse verkünden ließ, daß sein Verband Bahn brechen will für ein Tarifverhältnis in der ganzen deutschen Holzindustrie, wie dasjenige der Buchdrucker ist. Dagegen ließe sich gewiß nichts einwenden und der Holzarbeiterverband ist weit entfernt, sich etwa gegen diesen Plan zu erklären, obwohl die heutigen Verhältnisse in der Holzindustrie noch lange nicht reif dafür sind, an einen allgemeinen deutschen Tarifvertrag wie den Buchdruckertarif denken zu können. Es widerspricht auch der Wahrheit, wenn der Arbeitgeberverband in seinem eigenen Organ und in der ganzen bürgerlichen Presse die Nachricht verbreitet, die Aussperrungen in Dresden, Leipzig und den anderen Städten sei eine Folge der Weigerung der Holzarbeiter, einen einheitlichen Termin für den Abschluß der neuen Verträge zu akzeptieren. Die Unwahrheit dieser Behauptung ergibt sich aus der Konstatierung, daß sie verbreitet wurde, schon bevor in den genannten Städten überhaupt in die Verhandlungen eingetreten worden war. Aber die Arbeitgeber müssen zu solchen Unwahrheiten greifen, um die Öffentlichkeit zu täuschen und damit zu versuchen, die Arbeiter ins Unrecht zu setzen. Davon, daß z. B. in Halle an der Saale die Arbeitgeber nach ihrem neuen Vertragsentwurf die Lohnfestsetzung gänzlich aus dem Vertrag ausscheiden und der „freien Vereinbarung" überlassen wollen, in Leipzig die seither bestehende Garantie des Lohnes bei Akkordarbeit und in Dresden der gleichfalls seither bestehende Mindestlohn beseitigt werden soll, schweigt der Arbeitgeberverband und selbstverständlich auch die ihm ergebene Presse. Wenn der Holzarbeiterverband es ablehnt, unter derartigen Verschlechterungen Verträge abzuschließen, so handelt er damit nur so, wie es das Interesse der Holzarbeiter ihm zur unabweisbaren Pflicht macht.

Ohne Zweifel ist der Holzarbeiterverband gegenüber dem planmäßigen Vorgehen der starken Unternehmerorganisation auf dem weit ausgebreiteten Kampffeld in einer schwierigen Lage, und es bedarf einer außerordentlichen Hingebung und Opferfreudigkeit aller seiner Mitglieder, diesen schweren Kampf zu bestehen. Hier bewahrheitet sich, was oft schon ausgesprochen wurde, daß den organisierten Arbeitern in Deutschland die schwersten Kämpfe noch bevorstehen.

Da ist es denn eine Freude, in der „Holzarbeiter-Zeitung", dem Organ des Deutschen Holzarbeiterverbandes, zu verfolgen, in welchem Maße die Holzarbeiter, selbst in den kleinsten Orten und den wirtschaftlich zurückgebliebensten Distrikten, darin wetteifern, der Verbandskasse außerordentliche Beiträge zuzuführen.

Nach einer neuesten Drohung der Leitung des Arbeitgeberverbandes soll der Kampf noch eine weitere Verschärfung erfahren. Man will den Kampf „gegen die Machtgelüste des Holzarbeiterverbandes" bis zum bitteren Ende durchführen. Bereits sollen alle 78 dem Schutzverband angeschlossenen Städte ihre Bereitwilligkeit hierzu erklärt haben, und am 2. April soll eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes weitere Beschlüsse fassen.

Mögen demgegenüber die Holzarbeiter auf der Hut sein und auch der letzte Mann seine Pflicht tun, damit es ihnen gelingt, die Arbeitgeber mit ihren Machtgelüsten in die gebührenden Grenzen zu weisen.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Schlußspiel einer frommen Gründung. Vor der Strafkammer des Landgerichts in Kleve spielte sich dieser Tage der Schlußakt einer Pleite ab, die an den berüchtigten Krach der Dachauer Bank des Fräulein Spitzeder seligen Angedenkens erinnerte. Der im Vorjahre erfolgte Zusammenbruch der Gewerbebank in Dülken, einem industriereichen Städtchen im Kreise Kempen, hat außerordentlich viel kleine Leute geschädigt. Diese Bank war eine Zentrumsgründung. Im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Gründer hatten viele kleine Leute der ganzen Umgebung ihre Ersparnisse in der Bank angelegt. Der Direktor des Instituts, ein Herr Bäumges, wurde wegen seiner Frömmigkeit von dem katholischen Klerus des weiten Kreises protegiert. Nicht allein der fromme Bäumges, der jedes Jahr eine „Wallfahrt" nach Rom unternahm, auch die übrigen Macher der Bank wurden von der Geistlichkeit hochgehalten. Jeder Zweifel an der Lauterkeit ihrer geschäftlichen Manipulationen war ein Verbrechen in den Augen der Gläubigen. Die jetzt angeklagten frommen Herren trieben die Scheinheiligkeit so weit, daß sie bei Eröffnung einer Automobillinie, an welcher sie beteiligt waren, die Autos durch einen Pfarrer einsegnen ließen. Wohl die Überlastung mit kirchlichen Angelegenheiten nahm den Herren die nötige Muße, regelrechte Bilanzen zu ziehen. Es fand sich auch niemand, der die Geschäftsführung einer Kritik unterzog. Ruhte doch sichtlich Gottes Segen auf dem Institut; dank der Reklame der Kaplanspresse strömten die frommen Landbewohner mit ihren erhungerten Groschen in Masse herbei. Da plötzlich ergaben sich Zahlungsschwierigkeiten. Als das Gerücht ging, daß es nicht mit richtigen Dingen zugegangen sei, wußte die Geistlichkeit und die Zentrumspresse den Zusammenbruch noch einmal aufzuhalten. Als aber dennoch einige Sparer, mißtrauisch geworden, die Rückgabe ihres Geldes oder genauen Einblick in die Geschäftsführung verlangten, da stellte sich heraus, daß fromme Unternehmer und Gesinnungsgenossen des Direktors ohne Sicherheit so viel Geld erhalten hatten, als sie nur haben wollten. Der Inhaber einer Samtbandfabrik in Breyell, eine feste Zentrumsstütze, konnte für keine 100 000 M. Sicherheit bieten; er erhielt aber mehr als eine Million Darlehen. Mühlenbesitzer, Händler, Kaufleute, so weit sie in einem Freundschaftsverhältnisse zu dem Direktor oder einem Aufsichtsratsmitglied standen und Rosenkranz und Gebetbuch zu brauchen verstanden, erhielten Darlehen ohne Sicherheit zu leisten. Die Luderwirtschaft ging so weit, daß die kleinen Leute ihre Ersparnisse völlig los geworden sind. Es schweben noch Entschädigungsklagen gegen einige Aufsichtsratsmitglieder. Doch ist für die armen Leute bislang nichts herausgesprungen, weil die frommen Herren es verstanden haben, durch Überschreibung an Frau und Kinder und durch andere Manipulationen die Sparer an einem Zugriff an dem beiseite Geschafften zu hindern. Die strafrechtliche Seite der Gründung fand dieser Tage vor der Strafkammer in Kleve ihren vorläufigen Abschluß. Es wurde der fromme Direktor zu zwei Jahren Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre in Antrag gebracht. Bäumges, der sich bis jetzt noch immer auf freiem Fuße befand, wurde

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

3. Fortsetzung.

Natürlich log hier das hübsche Mädchen. Ihr war's erst recht so vorgekommen — und heut nicht das erste Mal. Schon bei der zweiten Begegnung hatte sie „ebbes gnissa" (bemerkt), und jetzt war's klar, oder alles mußte trügen. — Die Gewißheit, die sie erlangt hatte, machte einen sehr wohltuenden Eindruck auf sie. Fürs erste war's eine Ehr', den verrufenen Sünder zu bekehren und den Mädchenverächter dahin zu bringen, daß er auch daran glauben mußte. Aber das war das Geringste. Michel gefiel ihr! Seine Statur und der Ruhm seiner Stärke hatten ihr schon früher Achtung eingeflößt; gegenwärtig kam ihr sein Gesicht für ein Mannsbild hübsch genug vor, die Gutmütigkeit, die ihm aus den Augen sah, rührte ihr Herz — und das „B'sondere" und „O'gschickte," das er an sich hatte, erheiterte sie, ohne ihm bei ihr zu schaden. Als sie wieder allein war, lächelte sie für sich hin. „Es ist oft guet," sagte sie endlich, „wann der Ma' net gar z'g'scheit ist!"

Wie man sieht, gingen ihre Gedanken ebenfalls ziemlich rasch. Das ist natürlich und — ländlich. — Aber ihre Sache war es nicht, ihm nachzulaufen; wenn es ihm Ernst war, mußte er kommen — sie konnte zusehen. Ihr Gesicht klärte sich schelmisch auf. „Wie er se a'stella' wird derzue?" fragte sie sich. „I bin wirkle neugiereng!" Er hatte ihren Beifall, der gute Michel, sie konnte ihn zum „Burscht," sie konnte ihn zum Manne nehmen, wenn's sein mußte — ja es regte sich der Wunsch in ihr, daß es so ausgehen möchte; — aber sie bereitete sich doch vor, ihn auszulachen, und freute sich darauf! — Sie war ein Mädchen.

Michel hatte die Überzeugung gewonnen, daß die Leute ganz recht hatten mit dem, was sie über die Gret sagten. Aber wenn dies seine Liebe noch mehr schürte, so fachte es auch seine Sorgen an. Die Gret hatte ihn diesmal gar nicht angesehen (er hatte noch keine Kenntnis davon, daß die Mädchen nicht sehen und doch sehen können!) und es war ihm beinahe vorgekommen, als ob sie ein etwas spöttisches Gesicht gemacht hätte. Was sollte er tun? Sollte er warten und stillschweigen? Dann kam vielleicht ein anderer und nahm sie ihm weg. Oder sollte er ihr nachgehen und reden mit ihr? Dann sagte sie vielleicht, er könne wieder gehen, woher er gekommen sei, und er wurde das Gespött des ganzen Dorfes. — Die Klemme war verwünscht und guter Rat teuer.

In der Unterhaltung.

Jede Versäumnis rächt sich. Man soll in jungen Jahren nicht denken: Wozu hab ich das nötig? Wozu könnte das gut sein? — Man soll Kenntnisse sammeln und sich Fertigkeiten aneignen, wie die Gelegenheit sich bietet, auch wenn zunächst keine Neigung dazu vorhanden und Anstrengung erforderlich wäre; denn man weiß nie, wozu man sie später brauchen kann!

Davon überzeugte sich jetzt auch Michel. Die Liebe trieb ihn hin und her, sie ließ ihm keine Ruhe, und er sah ein, daß er etwas unternehmen müsse, geh' es, wie es wolle. Er mußte mit der Gret reden — er mußte erfahren, was er zu hoffen habe — sonst wurde er toll! Aber wie sollte er's anfangen? Wie sollte er sein Anliegen vorbringen?

Er dachte darüber nach, und nichts fiel ihm ein, was er für anwendbar und gut gehalten hätte. Es dünkte ihn so närrisch, von der Liebe zu reden: es war ihm, als würde es nicht herausgehen aus ihm, als würde er stecken bleiben und dastehen, wie d's Kind beim — — Da hatte er's nun! Gab's nicht Kerle im Dorf, denen bei den Mädchen das Maul ging „wie geschmiert?" die nicht nur sagen konnten, was sie auf dem Herzen hatten, sondern noch viel mehr dazulügen? Hatte er nicht gehört, daß mancher schon eine, die ihn zuerst gar nicht leiden konnte, durch bloßes Reden so weit gebracht, daß sie endlich zu allem Ja sagte? — Aber so geht's! Hätte er in jüngeren Jahren auch mit den Mädchen diskutiert, mit ihnen getanzt und sich lustig gemacht — hätte er sich das bißchen Mühe gegeben und gelernt, wie man mit ihnen umgehen muß — dann könnte er's jetzt und müßte sich nicht den Kopf zerbrechen! — Er fühlte ganz ernstlich Reue, der gute Michel! Er wurde verdrießlich, sehr verdrießlich. „I ben a'n Esel g'west, und des a großer," sagte er zu sich selbst. „Aber," setzte er hinzu, „wie hab i ob wissa könna, daß mer no' so ganga' wird!"

Ein paar Tage ließ er vorbeigehen. Zuletzt, durch den Kampf der Leidenschaft mit der Furcht gequält und geärgert, rief er zornig: „Hol der Teufel alles! So ka'n e's nemmer aushalta' — i muß woga', komm's raus wie's will!" — Die Gret stand vor seiner Seele so schön und mit einer Miene, die nichts Abschreckendes hatte! „Dommheit," rief er beherzt. „I sott me wohl vor'm Mädle färchta' (fürchten)? Des wär' ja zum Lacha'!" — Er faßte den Entschluß, bei nächster Gelegenheit mit der Gret zu schwätzen und sein Anliegen vorzubringen oder wenigstens „drom rom" (darum herum) zu reden, zu sehen, was sie für ein Gesicht dazu mache, und dann ein andermal weiter zu gehen.

Recht schön fügte sich's, daß er das Mädchen eines Abends, als ihn ein Geschäft auf den Fußweg hinter den Dorfgärten geführt hatte, ganz allein gegen sich herkommen sah. Die Gelegenheit konnte nicht günstiger sein, er mußte sie benutzen. Was er zuerst ihr sagen wollte, wußte er genau, nämlich: „Godda'n Ohbed (guten Abend) Margret!" Das übrige gab sich dann von selbst. Entschlossen ging er vorwärts. Wie er aber die Gret näher und näher kommen sah, machte er eine seltsame Erfahrung. Sein Herz fing an zu klopfen, vor den Augen begann es ihm zu flimmern und die Lippen wurden so schwer, als ob Gewichte darangehängt worden wären. Es schien ihm unmöglich, sie zu bewegen — und da halte einer eine Ansprache! Vor der Gret angekommen, machte er eine unerhörte Anstrengung und rief mit grimmiger Freundlichkeit: „Godda'n Ohbed, Margret!" — „Godda'n Ohbed, Michel," antwortete die Gret mit heller Stimme und mit einem Ausdruck auf ihrem Gesicht, als ob sie recht gut wüßte, in welchem Spittel der arme Bursche krank läge. Dieser nahm indes nichts wahr. Nach der Leistung, die er sich abgerungen, trieb es ihn mit unwiderstehlicher Macht an ihr vorüber — weiter und weiter. Nachdem er hundert Schritte gemacht hatte, atmete er auf; aber erst als er um eine Ecke bog und nicht mehr gesehen werden konnte, wurde er leichter und ruhiger. — Er hielt an, dachte nach — — und sein Benehmen stand klar vor seinen Augen. Er hatte sich nun doch gefürchtet — und die schönste Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen! Unmut erfüllte seine Brust und sehr ärgerlich rief er: „Jetzt möcht' e mer glei (gleich) selber a'n Ohrfeig' geba', daß mer der Kohpf somsa' dät! Fürcht' me wärle, und zitter' am ganza

im Gerichtssaal verhaftet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der Webstuhlfabrikant Felix Tamor, ein mehrfacher Millionär, dessen Millionen sich jetzt aber in den Händen seiner Frau und Kinder befinden, wurde mit 10000 Mark Geldbuße bedacht. Zwei andere Matadore kamen mit 300 beziehungsweise 100 Mark Geldstrafe davon. — Die bürgerliche Presse sucht diesen Skandalprozeß totzuschweigen, der zeigt, wie unter Ausnutzung der Frömmigkeit Zentrumsstützen Hunderte von Mittelstandsleuten ins Elend gestürzt haben.

Staatstagelöhner. Der Postbote D. war als 24jähriger Mann in den Staatsdienst getreten; nach fünfjähriger Dienstzeit bezog er bis zuletzt einen Tagelohn von 2,50 Mark, macht 75 Mark den Monat. Hiervon mußte er für Miete 19 Mk. und an ein Abzahlungsgeschäft, das bei seiner Verheiratung die Möbel geliefert hatte, 15 Mk. den Monat bezahlen, so daß ihm für seine und seiner Ehefrau sonstigen Bedürfnisse die gewaltige Summe von 41 Mk. den Monat blieb, wovon überdies noch sonstige kleine Schulden bezahlt werden mußten. In seiner Not schaffte D. Briefe, Muster und kleine Pakete, in denen er Wertsachen vermutete, beiseite, den Inhalt verkaufte er an Kollegen. Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig, er gab seine bedrängte Lage als Entschuldigung an. Der Vorsitzende meinte, D. habe doch eine gesunde starke Frau, warum diese denn nicht hätte mit verdienen können? Der Staat treibts also ganz in Unternehmermanier und verlangt von seinen Beamten, daß sie, um leben zu können, die Hilfe von Frau und Kindern in Anspruch nehmen. Der Angeklagte wurde dem staatsanwaltschaftlichen Antrage gemäß zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Opfer fiskalischen Sparsystems!

Eine verteufelte Staatsaktion. Vor dem Schöffengericht in Höchst a. M. hatten sich am vorigen Freitag nicht weniger als 35 Streikfünder zu verantworten, die sich gegen die heilige Ordnung vergangen haben sollten. Das Gericht sprach 32 Angeklagte frei und vertagte zwei Fälle. Nur eines der Strafmandate, denn um solche handelte es sich, wurde bestätigt.

Prozeß Leontjew. In der Sitzung am Dienstag nahmen die Beschwerden der Angeklagten über die in der Voruntersuchung ihr widerfahrenen körperlichen Mißhandlungen ihren Fortgang. Die hierüber als Zeugen vernommenen Untersuchungsrichter und Landjäger mußten im allgemeinen die Angaben der Angeklagten bestätigen, so daß selbst der Vorsitzende Veranlassung nahm, über diese Mißhandlungen der Angeklagten sein Bedauern auszusprechen. Das Gericht beschloß, in Anbetracht der Schwere der Vorwürfe der Angeklagten, diese Angelegenheit dem Kassationshofe in Bern zur Untersuchung zu unterbreiten. Zur dramatischen Spitze gestaltet sich dann die Verhandlung bei der Vernehmung des in Paris lebenden russischen Schriftstellers Wladimirow, der sich gutachtlich über die innerpolitischen Zustände in Rußland äußert. Wladimirow war in den schweren Tagen in Moskau und hat verschiedenen Pogroms beigewohnt. Er schildert die Wut des Volkes über die Schandtaten der russischen Machthaber. Den Minister Durnowo nennt er einen der gemeinsten Verbrecher und ehrlosesten Subjekte, der zahllose Morde auf dem Gewissen habe. Wladimirow fordert die Geschworenen zum Schluß auf, beim Fällen des Urteilsspruches diesen Charakter des Durnowo zu gunsten der Angeklagten in die Wagschale zu werfen. Darauf wurden die irrenärztlichen Sachverständigen vernommen. — In der Nachmittagssitzung beantragte der Vertreter der Zivilpartei, die Angeklagte des Mordes schuldig zu erkennen; trotz der Personenverwechselung dürfe die Tat nicht als fahrlässige Tötung abgeurteilt werden.

Ein Schutzmann als Erpresser. Aus der Untersuchungshaft wurde der Berliner Strafkammer der 35jährige Schutzmann Ludwig Parnau vorgeführt unter der Beschuldigung, in zwei Fällen Erpressungen versucht zu haben. Der Angeklagte hatte mehrfach an einen Herrn, von dem ihm bekannt war, daß er gewissen perversen Neigungen huldigte, Erpressungsbriefe gerichtet. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Um 5 Pfennige! Wegen Rückfallsbetruges ist am 16. November v. J. vom Landgerichte Gleiwitz der Grubenarbeiter Franz Czernik in Zaborze zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 7. Juni 1906 bestieg er den Zug Nr. 7 der elektrischen Bahn, um nach Zaborze-Poremba zu fahren, wofür er hätte 15 Pfg. zahlen müssen. Er nahm aber nur eine Karte für 10 Pfg. bis Zaborze-Post. Hier stieg er nicht aus, sondern fuhr weiter. Der Schaffner bemerkte das nicht. In Zaborze-Krebs stieg der Kontrolleur ein und entdeckte, daß der Angeklagte nur eine Karte für 10 Pfg. hatte. Der Angeklagte behauptete, er habe 15 Pfg. bezahlt und weigerte sich, 5 Pfg. nachzuzahlen. Er wurde deshalb aus dem Zuge gesetzt. Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte die Bahn um 5 Pfg. geschädigt hat durch Unterhaltung des Irrtums in dem Schaffner, daß er bis Zaborze-Poremba bezahlt habe. — Die Revision des Angeklagten, der das Vorliegen eines Betruges bestritt, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein Hexenprozeß im „hellen" Sachsen. Ein Kulturbild, dessen tieftraurige Bedeutung über den Lachreiz nicht vergessen werden darf, den es den Betrachtenden erregen wird, entrollte eine Schöffengerichtsverhandlung zu Dresden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" hatte im Dezember vorigen Jahres über eine allerdings unglaubliche Hexengeschichte berichtet, die sich in dem etwa zwei Stunden von Dresden entfernten Dorfe Schönfeld zugetragen hatte. In jenem Dorfe hatten eine Anzahl Bauern, die mit dem Gewichte und der Größe der Kälber, die ihnen ihre Kühe schenkten, nicht mehr zufrieden waren, allen Ernstes geglaubt, ihr Vieh sei verhext. Besonders der Gemeindevorstand und der Ortsrichter glaubten, daß eine gründliche Entherxung oder Teufelsaustreibung vonnöten sei. Beide ließen aus Sadisdorf bei Schmiedefeld im Erzgebirge einen Hexenmeister kommen, anscheinend einen schlauen Bauern, der aus der Tatsache, daß namentlich auf dem Dorfe die Dummen nicht alle werden, Kapital zu schlagen versteht. Der Mann kam und fand nach längerem Hokuspokus, den er nachts im Stalle trieb und wofür er sich von jedem Bauer gut bezahlen ließ — in einem Falle allein 40 Mk. —, daß das Vieh verhext sei, und zwar von dem, der zuerst von dem Gemeindevorstand mit dem verhexten Vieh etwas geborgt haben wolle. Nach einigen Tagen kam auch ein Nachbar, ein Bauer namens Philipp, um sich ein Stemmeisen zu borgen. Er wurde übel empfangen. Das Stemmeisen bekam er nicht, aber wütende Blicke und böse Worte. Und bald wußte man im Dorfe, wer der Böse sei, der das Vieh verhexe. Dem Philipp erging es übel. Für jede Unregelmäßigkeit in der Viehzucht wurde er nun verantwortlich gemacht und ihm selbst auf dem Felde zugerufen, was für ein schändlicher Hexenmeister er sei und welchen Schaden er schon angerichtet habe. Diesen Tatbestand hatte die „Sächsische Arbeiterzeitung" kurz geschildert. Die Amtshauptmannschaft scheint es nun richterlich bestätigt haben wollen, daß es wirklich noch Gemeindevorstände im hellen Sachsen gebe, die dem unglaublichsten Hexenglauben huldigen. Denn es wurde gegen den Verantwortlichen der „Sächsischen Arbeiterzeitung", den Genossen Grötzsch, der Hexengeschichte wegen Strafantrag gestellt; und es nahm sich auch der Staatsanwalt der Sache an, während der Gemeindevorstand mit einem Rechtsanwalt als Nebenkläger auftrat. Die Beweisaufnahme nahm für die Schönfelder Ortsgrößen einen blamablen Verlauf. Durch dörfliche Zeugen, die teilweise selbst an die schädlichen Einflüsse von Hexenkünsten glaubten, wurde nachgewiesen, daß sich alles so zugetragen habe, wie es die „Sächsische Arbeiterzeitung" geschildert habe. Ja, der Ortsrichter selbst bekundete höchst naiv als Zeuge, daß er nach wie vor an Philipps Hexenkünste glaube, dem es zu danken sei, daß seine Kühe nicht die richtigen Milchmengen gäben; er habe auch selbst beobachtet, daß sein Bulle nicht gesprungen sei, wenn Philipps Rinder vorgeführt wurden. Der schlaue Ortsrichter war sich über die Ursache der Erscheinung natürlich nicht im Zweifel. Unter solchen Umständen, die den Oberamtsrichter, der die Sache vor dem Dresdener Schöffengericht führte, zu mehrmaligem Kopfschütteln veranlaßten, war es natürlich nicht möglich, dem Prozeß Ausgang durch eine Bestrafung des Genossen Grötzsch zu geben. Obwohl Staatsanwalt und Rechtsanwalt für eine Strafe eintraten, weil die „Sächsische Arbeiterzeitung" alles schlecht mache, wurde der Angeklagte kostenlos freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Gemeindevorstand und Ortsrichter von Schönefeld werden natürlich auch jetzt wieder glauben, daß die Sache nicht mit richtigen Dingen zugegangen ist und die Richter auch verhext worden sind, denn sonst sind doch Sozialdemokraten immer verurteilt worden. — Sachsen hat sich einst stolz das Land der Schulen genannt. Aber eine Schule, die im Banne der Kirche im öden Einpauken von Bibelversen und unverständlichen Katechismussprüchen ihre Hauptaufgabe sieht, kann natürlich die Denkkraft nicht wecken und den Aberglauben nicht zerstören.

Aus Nah und Fern.

Entsetzliches Verbrechen. Am 18. März wurde die 28jährige Söldnerstochter Marie Herscher von Obermotzing (Niederbayern) nahe der Wallmühle in einer Entenhütte, nur mit Hemd und Jacke bekleidet, halberfroren und verhungert aufgefunden. Kurze Zeit, nachdem man die Ärmste fand, verschied sie in den Armen ihrer Eltern, die ihre Tochter wohlbehalten zu Besuch in Atterhofen, wohin sie sich am 10. März begeben wollte, glaubten. Marie Herscher machte vor ihrem Tode noch folgende Angaben, die auf ein Verbrechen schließen lassen. Auf einem einsamen Gehsteig, der nach Straubing führt, wurde sie von einem bis jetzt unbekannten Manne überfallen und jämmerlich zugerichtet. Nach der Tat chloroformierte der Unmensch die Unglückliche und schleppte sie in die Entenhütte, in der sie am 18. März, also acht Tage nach der Tat, von einem Fischer wimmernd entdeckt wurde. Die mitgeführte Ledertasche und das Geld des Mädchens waren verschwunden. Acht Tage hatte also das arme Geschöpf bei der herrschenden Kälte ohne jede Nahrung und nur mangelhaft bekleidet in der Schilfhütte zugebracht. Mehrere Tage scheint sie bewußtlos gewesen zu sein. Als man die Unglückliche fand, war sie nicht im Stande, zu sprechen, noch sich zu rühren. Die Eltern waren ganz gebrochen, als sie ihre Tochter, die vor ihrem Weggange vor Gesundheit strotzte, so wiederfanden. Die Staatsanwaltschaft ist eifrig beschäftigt, Licht in diese mysteriöse Angelegenheit zu bringen.

Die Eisenbahnkatastrophe auf der Stettiner Bahn. Wie schon kurz gemeldet, hat sich am Sonnabend auf der Stettiner Bahn kurz vor Berlin ein schweres Unglück ereignet. Ein von Angermünde kommender Güterzug, der, angeblich infolge falscher Weichenstellung auf ein falsches Geleise geraten war, überfuhr den Prellbock auf der Station Karow; die Lokomotive und vier Wagen stürzten die 21 Meter hohe Böschung hinab in einen Graben; der Lokomotivführer, der Heizer und 20 Pferde wurden getötet. Die vollständig zertrümmerte Maschine stürzte mit dem Tender in den Graben und bohrte sich zum Teil in das Erdreich ein. Auf sie türmten sich die Trümmer des Packwagens, in dem sich der Zugführer befand, und die drei nächstfolgenden Wagen mit vierzig Pferden. Auch der Packwagen und die Pferdewagen wurden vollständig zerschmettert. Dennoch kam der Zugführer, der in dem Packwagen saß, mit dem Leben davon. Holz- und Eisentrümmer verletzten ihn aber erheblich an Kopf und Armen. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden von den Trümmern der Maschine zerquetscht und von dem ausströmenden Dampf und heißen Wasser verbrüht. Ihre Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt; die des Lokomotivführers wurde nach einigen Stunden von den Trümmern befreit. Die Leiche des Heizers liegt zum Teil noch sichtbar unter einem Trümmerhaufen von Eisen- und Holzteilen und Pferdekadavern. Ein furchtbarer Todeskampf mußte unter den Pferden stattgefunden haben. Sie haben sich zum Teil das Fell vom Leibe gerissen. Zwanzig Pferde wurden von den Trümmern erschlagen oder durch Feuer und Dampf der unter ihnen liegenden Maschine getötet.

Ein großer Frachtkahn verbrannte nachts auf der Havel bei Grätz. 6000 Zentner Graupen, Kaffee und Salpeter sind mitverbrannt.

Es wär so schön gewesen . . . In Bonn drang Montag der 18jährige Handlungsgehilfe Sommer in ein übelberüchtigtes Haus, stach die Besitzerin nieder, wurde aber ergriffen, als er mit einem mit Geld gefüllten Beutel entfliehen wollte.

Infolge nervöser Überreizung ist der Buchhändler Ewich aus Duisburg bei Kaiserswerth in den Rhein gesprungen. Seine Ehefrau, die ihn begleitete, ist bei dem Versuch, ihren Mann zurückzuhalten, mit in den Strom gerissen. Beide Personen ertranken.

Risiko der Arbeit. Im Ostseebad Neukuhren stürzte Dienstag mittag beim Neubau des Kurhauses die hohe Saalmauer ein, wodurch zwei Maurer schwer, zwei andere weniger schwer und einige leichter verletzt wurden.

Gefaßter Raubmörder. Als Mörder der in ihrer Wohnung ermordeten und beraubten Frau des Markthelfers Roßberg in Leipzig wurde ein 20jähriger Bursche namens Naumann verhaftet, der auch die Tat bereits eingestanden hat.

Eisenbahn-Unfälle. Der Baseler Schnellzug überfuhr in der Nähe von Rädersheim bei offener Barriere das Fuhrwerk des Wirtes Meyer aus Ensisheim. Meyer und sein Sohn wurden getötet und zwei Eisenbahnbedienstete schwer verletzt. — Zwischen den Stationen Gyala und Bedreshaga (Ungarn) entgleiste ein aus drei Wagen bestehender Motorzug. Ein Beamter ist tot; zwei Angestellte wurden verletzt. Von den Passagieren erlitt niemand Verletzungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Leib, als wann e oen ombrocht hätt! Sott ma' denn globa', daß ma' so domm sei' ka'?"

Die Sache war indes nicht anzufechten, sie war geschehen, und der Verdruß konnte nichts daran ändern. Für Michel gab es nur einen vernünftigen Entschluß: sie zu vergessen und sich vorzunehmen, es ein andermal besser zu machen. Dazu verstand er sich denn auch. „I ben a Narr", sagte er, „daß e me verzürn'! Verloara'n ist no nex, und so wurd's net allmol ganga' (gehen)." — Er stellte sich vor, wie er das nächste Mal reden werde, er hatte Einfälle, wie man sie nach einer versäumten Gelegenheit zu haben pflegt — und so von weitem schien sich ihm die Sache ganz leicht zu machen. „Bah," meinte er endlich, „des ist ha'et nor so a dommer A'fall g'wesa'! 's müeßt ja beim Deufel sei', wann ih net könnt', was jeder ander' ka'!" — Er tröstete sich und ging beruhigt und mit neuem Mute nach Hause.

Wieder verstrich einige Zeit. Es war in der letzten Woche des Monats Mai, und unter dem Wehen der Ostluft kam ein wunderschöner Tag herauf. Ein leichter Reif hatte auf der Landschaft gelegen, die Sonne, in den wolkenlosen Himmel sich erhebend, sog ihn weg und goß den Silberglanz des Morgens über die Erde. Die Lerchen sangen, die Landleute, die sich an ihre Arbeit begaben, zeigten vergnügte Gesichter, das Vieh, das zum Saufen getrieben wurde, brüllte vor Lust und sprang rechts und links in die Höhe. Das alles war so fröhlich, so ermutigend! Es war einer von den Morgen, wo im Herzen so wenig eine Sorge aufkommen kann, wie am Himmel ein Wölkchen — wo im Innern der Frohsinn regiert und draußen der Sonnenschein.

An diesem Morgen fühlte sich unser Michel frisch und munter, wie seit langer Zeit nicht. Er dachte an die Gret — mit stillem, ruhigem Vergnügen. Es war ihm, als könnte er heute schwätzen und Spaß machen nach Belieben, und wenns sein müßte, gelegentlich auch ein ernstes Wort reden — kurz, er fühlte sich aufgelegt. Indem er sichs lebhaft vorstellte, empfand er ein Verlangen, sein Vermögen ins Werk zu setzen. Er faßte sich kurz und machte sich auf den Weg durch die Gasse, in der Hoffnung, die Geliebte zu sehen. Im Notfall, wenn er sie nämlich vor ihrem Hause nicht traf, konnte er hineingehen und den Maurer bestellen; denn an seinem Hause war ein Stück weit der Mörtel abgefallen, und wenn es auch auf dem Lande nicht grad notwendig war, ihn wiederherzustellen, so konnte es doch auch nicht schaden.

Sein guter Mut und seine Laune minderten sich nicht, als er der Wohnung des Maurers sich näherte. Er hatte ein paar Vorübergehende gegrüßt und die gewöhnlichen Formen waren ihm so leicht und lustig vom Munde gegangen, daß ein junges Weib sagte: „Du bist aber ha'et alert, Michel!" — Darin lag für ihn ein neuer Beweis, daß er heute seinen guten Tag habe, und rüstig ging er vorwärts. In dem kleinen Hofe sah er die Gret nicht; aber im Wurzgärtlein, von der Gasse nur durch einen niedrigen Zaun getrennt, war sie über ein Beet hin gebückt. Wie er sie hier unvermutet erblickte, war er doch betroffen. Es hieß nun wieder: „Vogel friß oder stirb", und vor dem strengen Antlitz der Notwendigkeit entfloh der leichte Humor in seinem Herzen, um den Anwandlungen von letzthin Platz zu machen. Es mahnte ihn etwas, zu tun, als ob er sie nicht gesehen hätte, und sachte weiter zu gehen. Aber heute war er nicht gemeint, auf die Stimme des Kleinmuts zu hören; er unterdrückte die Bewegungen seines Innern, blieb stehen und rief entschlossen: „Godda' Morga', Margreat!" — Das Mädchen sah auf und erwiderte: „Ei, godda' Morga', Michel! Bist oh scho' en der Höa'?" (Höhe, das heißt aufgestanden.) — Diese Frage kam ihm ungelegen; denn eigentlich hatte er selber fragen wollen: „Oh scho' auf?" — und wenn sie dann, wie es nicht wohl anders möglich war, mit Ja antwortete, so hätte er ihr was Schönes gesagt über ihr frühes Aufstehen, ihren Fleiß usw. Das konnte er nun, wenigstens in der zuerst ausgedachten Weise, nicht mehr, und dieser Umstand machte ihn ein wenig verwirrt. Er antwortete zögernd: „Jawohl," und da er sich auf diesen Fall nicht vorgesehen hatte, so entstand eine kleine Pause. Allein mit Recht hatte er geglaubt, daß er heute seinen guten Tag habe. Nicht lange besann er sich, und ein neuer Einfall war da. Er drehte seinen Kopf in der Luft herum und sagte: „Ha'et hommer (haben wir) amol a schöas Wäder (Wetter)?" — Die Gret erwiderte heiter: „Ja gottlob! Mer (wir) konna's aber oh braucha'!" Und ohne Unterbrechung und würdig setzte er hinzu: „Descht (das ist) wohr! — Des könna' mer!"

Bis hierher war's gut gegangen, trotz der notwendig gewordenen Änderung, und Michel konnte sich dessen bewußt sein. Aber nun war eine neue Rede nötig, und nichts wollte ihm einfallen. Es entstand eine längere Pause. Ein besserer Beobachter als Michel hätte an dem Gesicht des Mädchens wahrnehmen können, daß sie gar wohl imstande gewesen wäre zu reden und dem Burschen aus der Not zu helfen — daß sie aber aus irgendeinem Grunde nicht wollte! Michel besann sich, und ein neuer Einfall kam. Er sagte: „Bischt allweil g'sond und wollauf?" — Diese Frage schien der Gret so kurios hinterdrein zu hinken und so sehr eine bloße Geburt der Not, daß sie mit Mühe das Lachen halten konnte. Sie nahm sich indes zusammen und erwiderte ruhig, aber nicht ohne eine gewisse schelmische Heiterkeit durchblicken zu lassen: „Dank der Nochfrog (Nachfrage)! Mir fehlt gottlob nex!" Michel, wie uns bekannt ist, war im eigentlichen Sinn weder dumm noch blind. Die Bedeutung dieses Vergnügens auf dem Gesicht der Gret blieb ihm nicht ganz verborgen; er hatte eine Ahnung, daß sie ihn eigentlich auslache, und schwieg, indem eine Wolke der Verstimmung seine Züge beschattete. Die Gret erkannte, was in ihm vorging, sie fühlte, daß sie etwas gut zu machen habe, und einen Schritt vortretend, sagte sie zugleich mit gutmütigem und schlauem Lächeln: „Host vielleicht so'st ebbes g'wöllt (gewollt)?" — Diese Frage fiel wie eine Bombe auf den guten Michel. Es war klar: er hatte sich verraten; sie wußte, wie's ihm ums Herz war, und forderte ihn heraus! Er konnte — er sollte reden — da war kein Zweifel! Aber diese Möglichkeit, reden zu können, und diese Nötigung, reden zu sollen, traf ihn mit solchen Schrecken der Überraschung, daß er dastand wie vom Donner gerührt und nicht ein Wort hätte vorbringen können um die ganze Welt! In der Verwirrung, die ihn überkam und ihn zu übermannen drohte, nahm er instinktmäßig seine Zuflucht zu dem einzigen Mittel, das ihm noch übrig blieb — zur Grobheit! Mit trotzigem Gesicht und wie beleidigt rief er endlich: „Was sott (sollte) i denn wölla'? I wißt net was! — Gohda' Morga!"

Und mit starken Schritten ging er seines Weges.

Die Gret sah ihm nach und lachte — nicht laut — dafür aber, wie man zu sagen pflegt, mit dem ganzen Gesicht. Als er hinter dem Nachbarhaus verschwunden war, sagte sie zu sich selber: „Jetz so o'geschickt hätt i mer'n doch net vorg'stellt. — I sig scho' — doh mueß i mi der Sach selber a'nemma', wann ebbes draus weara' soll!"

(Fortsetzung folgt.)